Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 66. Dienstag, den 19. März 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein neues „Juwel“.

bv. Es kann recht interessant werden, wenn die Bülowsche „Reform des Vereins- und Versammlungsrechts“ wirklich kommt, die kürzlich von dem Staatssekretär des Innern neuerdings in Aussicht gestellt worden ist. Nach dem § 4 der Reichsverfassung steht es bekanntlich dem Reiche zu, diese Materie durch seine Gesetzgebung zu regeln. Indessen haben die verbündeten Regierungen von diesem Paragraphen seit dem Bestande des Reiches keinen Gebrauch gemacht. Darum beglückwünschte Graf Posadowsky das deutsche Volk zu dem „Fortschritt“, daß nunmehr, nach dreieinhalb Jahrzehnten, die Sache in Angriff genommen wird. Da sieht man, welches Maß von Geduld und Bescheidenheit die Herren Staatsmänner bei dem deutschen Volke voraussetzen, indem sie ihm zumuten, sich über einen solchen „Fortschritt“ zu freuen. Und Graf Posadowsky ist noch der Sanfteste unter allen!

Obendrein muß man befürchten, daß dieser „Fortschritt“ der bedeutendste bei der in Aussicht genommenen „Reform“ sein wird.

Die Vereins- und Versammlungsgesetzgebung der Einzelstaaten stammt bekanntlich aus der schwärzesten Reaktionszeit nach dem Scheitern der Volkserhebung von 1848. Nachdem schon eine Reihe reaktionärer Verordnungen ergangen war, machte der Bundestag, jene staatsnachtwächterliche Zentralbehörde in Frankfurt a. M., es den deutschen Regierungen im Jahre 1854 nochmals zur Pflicht, die „politischen“ Vereine nach folgenden Grundsätzen zu behandeln: 1. Überwachung oder Unterdrückung der gesetzwidrigen oder staatsgefährlichen Vereine, Beschränkung der politischen Vereine, insbesondere durch Ausschließung der Minderjährigen, Schüler und Lehrlinge von der Mitgliedschaft und durch Verbot jeder Verbindung politischer Vereine untereinander (Koalitionsverbot); 2. Überwachung aller Versammlungen politischer Vereine und Auflösung derselben bei gegebener Veranlassung; 3. Verbot aller Arbeitervereine zu politischen, kommunistischen und sozialistischen Zwecken; 4. Verbot aller Vereine und Versammlungen von Militärpersonen.

Damit konnten die Polizeibehörden alles tot machen. Dieser Beschluß ist in den meisten Bundesstaaten publiziert worden und das Koalitionsverbot galt auch in Preußen, Sachsen, Bayern usw., nur in Württemberg und Baden nicht.

Im Jahr 1869 wurde den Arbeitern im § 152 der Gewerbeordnung, die auch auf das Reich überging, das Koalitionsrecht endlich zugestanden. Allein es blieb Stückwerk, denn die Vereins- und Versammlungsgesetze der Einzelstaaten hoben das Zugeständnis ganz oder teilweise wieder auf. Während namentlich in Preußen schon zu Anfang der siebziger Jahre ein rücksichtsloser Kampf seitens der Behörden gegen die Arbeiterorganisationen geführt wurde, machten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage vergebens den Versuch, die Vereinsgesetzgebung der Einzelstaaten aufzuheben. Ihr Antrag kam gar nicht zur Verhandlung.

Bald darauf kam das Sozialistengesetz, das in die Bahnen des alten Bundestags einschwenkte und alle Arbeiterorganisationen von neuem der polizeilichen Willkür preisgab. Nachdem das Sozialistengesetz mit Bismarck gefallen, brachte die sozialdemokratische Fraktion ein Vereins- und Versammlungsgesetz ein, welches die polizeiliche Bevormundung aufheben und die Koalitionsfreiheit sichern sollte. Das Gesetz scheiterte am Widerstande des Reichstags und damals wurde das reaktionäre sächsische Vereinsgesetz vom sächsischen Bundesratsvertreter Grafen Hohenthal als ein „Juwel“ bezeichnet.

Nach dem Vorgehen des Ministers v. Köller gegen die Parteiorganisation der Sozialdemokratie im Jahre 1895 nahm der Reichstag die Sache ernster und überwies den wieder eingebrachten sozialdemokratischen Antrag einer Kommission, in welcher die Konservativen Obstruktion machten. Der Gesetzentwurf, der aus dieser Kommission hervorging, enthielt einige Fortschritte, war aber sonst mangelhaft und ungenügend. Den verbündeten Regierungen aber ging er viel zu weit. Es kam schließlich zur Aufhebung des Verbindungsverbotes unter der Regierung Hohenlohes, wobei sich unter den bürgerlichen Parteien ein Knäuel von politischen Intriguen abwickelte. Die sozialdemokratische Fraktion aber brachte ihren alten Entwurf wieder ein, ohne daß es ihr gelang, weitere Zugeständnisse zu erzielen.

Das sind die bisher gemachten Erfahrungen und man kann sich denken, was kommen wird. Die „liberale Linke“ hat sich in allerlei rosige Hoffnungen hineingeduselt. Sie fordert, das kommende Reichsvereinsgesetz dürfe keineswegs so beschaffen sein, daß es diejenigen Staaten, die eine freiere Vereinsgesetzgebung haben, also namentlich Baden und Württemberg, wieder rückwärts drängt. Auch von nationalliberaler Seite hat man dies betont.

Nun, wenn der Reichskanzler sein Vereinsgesetz ausarbeiten läßt, wird er auf die Junker und großindustriellen Scharfmacher Rücksicht nehmen. Die ersteren wollen auf diesem Gebiete gar keine Zugeständnisse machen; sie möchten am liebsten die Grundsätze des Bundestags aufrecht erhalten sehen. Die anderen wünschen eine neue Zuchthausvorlage. Und die Regierung selbst denkt ganz gewiß nicht daran, dem in den Staatsbetrieben, bei den Eisenbahnen, der Post, den Bergwerken usw. beschäftigten Arbeiterheer das ersehnte Koalitionsrecht zu geben; der preußische Eisenbahnminister hat darüber keinen Zweifel gelassen. Das Reichsvereinsgesetz des Fürsten Bülow wird ein „Juwel“ im sächsischen Sinne sein.

Da kann man auf die Taten der links-liberalen Helden gespannt sein.

Für freies Vereins- und Versammlungsrecht ist zuverlässig nur die Sozialdemokratie und bis zu einem gewissen Grade das Zentrum zu haben, das sich von taktischen Gründen leiten läßt. Die Nationalliberalen sind unzuverlässig, da zu viele Scharfmacher unter ihnen sind. Wollen also die Linksliberalen für freies Vereins- und Versammlungsrecht eintreten, so müssen sie mit den verhaßten Parteien zusammengehen, wegen deren Abstimmung am 13. November der Reichstag aufgelöst worden ist. Dann ist aber der „nationale Block“ gesprengt.

Oder die „Paarung“ des liberalen und konservativen Geistes ist schon so weit gediehen, daß man den „nationalen Block“ unter allen Umständen erhalten wird. Dann wird der „entschiedene Liberalismus“ die Generalprobe seiner Gesinnungstüchtigkeit ablegen und für ein Bülowsches „Juwel“ stimmen, wie es den Reaktionären und den Scharfmachern genehm ist.

Wir werden es ja sehen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag nahm am Montag zunächst die dritte Lesung der Vorlage über die Berufszählung an. Ohne eine kleine Verballhornung ging es nicht ab. Zentrum und Rechte paarten sich und brachten trotz des Widerspruchs der Regierung die höchst überflüssige und in zweiter Lesung gestrichene Frage nach der Religion wieder ins Gesetz hinein. Dann kam die zweite Lesung des Etatsnotgesetzes heran. Beim Postetat rügte Genosse Noske die übermäßige Arbeitszeit der unteren Postbeamten. Staatssekretär Krätke schien dieses Thema zu unwichtig zu finden; er schwieg sich hierüber aus und verwandte seine ganze Lungenkraft darauf, vom Plenum eine von der Kommission einstimmig gestrichene Summe zum Erwerb eines teueren Grundstückes für einen Postneubau in Berlin zu erlangen. Genosse Singer wies auf die unverschämten Preise hin, die die betreffenden Grundbesitzer gefordert haben. Das Haus beließ es, obwohl Dr. Arendt hilfbereit der Regierung und den Terrainspekulanten Beistand gab, beim Kommissionsbeschluß. — Die Frage der Zuwendungen für die mittleren und unteren Beamten rief eine längere Debatte hervor. Bekanntlich wollte die Regierung nur ein Trinkgeld von geradezu lächerlicher Geringfügigkeit auswerfen. Der ganze Reichstag war sich einig, daß das Anerbieten der Regierung geradezu ein Hohn auf die Notlage der Beamten sei. Trotzdem raffte sich die Kommission nicht zur positiven Einsetzung einer höheren Summe in den Etat auf, sondern begnügte sich mit einer Resolution. Immerhin rückt diese Resolution die dringend notwendige Aufbesserung der Beamtengehälter in einige Nähe, sodaß, da die Paarungsparteien des Hottentottenblocks für energischere Schritte nicht zu haben waren, es auch der Minderheit geboten schien, der Resolution zuzustimmen. Etwas ist immerhin besser als garnichts. Die lamentable Art und Weise, wie der Schatzsekretär den Reichstag beschwor, von seinem verfassungsmäßigen Rechte der Erhöhung der Positionen keinen Gebrauch zu machen, wurde vom Genossen Singer mit verdienter Schärfe gegeißelt. Die Freisinnigen fühlten sich wieder einmal recht als freiwillige Regierungskommissare und Dr. Arendt suchte sich in seiner gewohnten täppischen Weise an unserer Fraktion zu reiben. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Neben kleineren Vorlagen wird am Dienstag die Besprechung unserer Interpellation über die Bülow-Liebertsche Wahlagitation fortgesetzt werden.

Die blamierten Europäer. Zum zweiten Mal haben die Nationalliberalen Preußens in dieser Session im Dreiklassenparlament den Versuch gemacht, den Lohn für ihre volksfeindliche und volksverräterische Politik einzuheimsen, und zum zweiten Male mußten sie als blamierte Europäer mit langer Nase abziehen. Unmittelbar nach der Reichstagsauflösung haben sie auf die Entfernung des Kultusministers v. Studt aus seinem Amte gedrungen, und als ihr Wunsch sich nicht erfüllte, da haben sie bei der Besprechung der Interpellation über den Bremserlaß jenen tragikomischen Versuch gemacht, den ihnen verhaßten Herrn zu stürzen. Aber auch dieser Versuch mißlang. Herr v. Studt sitzt fester als je im Sattel; er verfügt im Landtag über die kompakte konservativ-klerikale Mehrheit, die ihm, als dem typischsten Vertreter des finstersten Mittelalters, unbedingtes Vertrauen entgegenbringt. Daß er dieses Vertrauen wirklich besitzt, das bewies am Sonnabend die Beratung über den nationalliberalen Antrag auf Einführung der fachmännischen Schulaufsicht, der mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt wurde. Und das, obwohl sogar Freiherr v. Zedlitz den Antrag nicht nur mit unterschrieben hatte, sondern ihn auch in so energischer Weise vertrat, daß die Konservativen sich von ihm wie von einem Reichsfeinde abwandten und ihn, in dem sie seit langem ihren Führer auf ihren scharfmacherischen Wegen erblickten, wie einen Schulbuben abkanzelten. Die Debatte, die stellenweise einen geradezu stürmischen Verlauf nahm, ist charakteristisch für unsere innerpolitischen Zustände. Fort und fort hält der deutsche Reichskanzler, der gleichzeitig preußischer Ministerpräsident ist, mehr oder weniger schöne Reden, in denen er die Notwendigkeit betont, etwas liberaler als bisher zu regieren. Ernst ist es ihm mit diesen Worten natürlich nicht; denn sonst hätte er schon längst den Versuch machen müssen, in Preußen, das ja den Hort der Reaktion für ganz Deutschland bildet, wenigstens einige bescheidene Reformen durchzusetzen. Preußen marschiert aber bekanntlich auf allen Gebieten der Reaktion in Deutschland voran; es hat ein Vereinsgesetz, durch das es den Spott der meisten übrigen deutschen Bundesstaaten herausfordert; es hat ein Wahlgesetz, das den größten Teil des Volkes entrechtet, und auf dem wichtigen Gebiete der Volksschule herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Hier die bessernde Hand anzulegen, wäre die erste Pflicht eines führenden Staatsmannes, dem es wirklich darum zu tun ist, den Forderungen der Zeit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber der Ministerpräsident Fürst Bülow kümmert sich anscheinend um die inneren Angelegenheiten Preußens überhaupt nicht; die Sorge hierfür überläßt er seinen Ressortministern, gleichsam als wenn es sich um nebensächliche Dinge und nicht vielmehr um hochwichtige politische Fragen handelte. Auch bei der Beratung des Antrages über die Einführung der fachmännischen Schulaufsicht nun ließ er sich im Hause nicht blicken; er hatte Herrn v. Studt mit der Vertretung des Staatsministeriums betraut, und dieser Herr saß am Ministertisch wie der bekannte Greis auf dem Dache. Fast konnte man Mitleid mit ihm haben, als die Angriffe so wuchtig und zahlreich auf ihn niederprasselten, Angriffe, die eigentlich an eine ganz andere Adresse gerichtet waren. Gerade komisch wirkte es, als in Erwiderung auf die besonders schweren Angriffe des Abg. Freiherrn v. Zedlitz sich der Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopf erhob, um ein langes Loblied auf seinen Herrn und Meister zu singen. Es dürfte wohl einzig in der parlamentarischen Geschichte dastehen, daß ein im Hause anwesender Minister sich nicht selbst verteidigt, sondern einem seiner Untergebenen die Verteidigung überläßt. Das mochte Herr v. Studt schließlich wohl selbst fühlen; denn unmittelbar nachdem Herr Schwartzkopf geendet hatte, ergriff auch er das Wort, um seine Verdienste zu preisen. Aber er verdarb damit nur, was sein Geheimrat gutzumachen sich bemüht hatte; denn als er als eines seiner hervorragendsten Verdienste die — Einführung einer einheitlichen Orthographie „von der Memel bis an den Fuß der Alpen“ bezeichnete, da war es um den Ernst des Hauses geschehen, und stürmische Heiterkeit durchbrauste das Haus. Von den Fraktionsrednern der verschiedenen Parteien sprachen die Herren Dr. v. Heydebrand (K.) und Dr. Porsch (Z.) dem Minister ihr volles Vertrauen aus, während die Nationalliberalen Dr. Friedberg und Schiffer, der Freisinnige Funck und, wie bereits erwähnt, auch der freikonservative Freiherr v. Zedlitz an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Besonders verschnupft sind die Nationalliberalen, die an dem Zustandekommen des Schulverpfaffungsgesetzes so lebhaften Anteil haben und nun sehen müssen, wie die Regierung die Konsequenz zieht und den Verpfaffungsbestrebungen immer weiter Vorschub leistet. Ihr Führer Dr. Friedberg ließ durchblicken, daß ihnen ihre Zustimmung zu diesem Gesetz leid tut; aber die Reue kommt zu spät. Volksfeindliche Gesetze schaffen ist leicht, sie zu beseitigen schwer. Besonders erbittert sind die Nationalliberalen darüber, daß die Regierung in Preußen zum Zentrum und nicht zu ihnen steht. Die Regierung hält es eben mit derjenigen Partei, die sie gerade braucht. Wenn sie die Nationalliberalen braucht, wird sie sie schon wieder rufen, und sie darf sicher sein, daß diese

dann die Fußtritte vergessen und sich liebedienerisch der preußischen Regierung nahen werden. Vor allem aber ist es bezeichnend, daß Fürst Bülow als Reichskanzler die Liberalen gegen das Zentrum mobil macht, während er als Ministerpräsident sich auf das Zentrum gegen die Liberalen stützt. Es geht doch nichts über Gesinnungstüchtigkeit und Zielbewußtsein!

Eine komische Verdächtigung. Der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Schorlemer protestierte in einer Rede beim Festessen des Provinziallandtages in Düsseldorf öffentlich gegen die Verdächtigungen seiner Person durch das Zentrum bei den Reichstagswahlen. Man hatte ihn unter anderm als Reblaus schlimmster Sorte bezeichnet. Dieses Gebaren vergifte unser öffentliches Leben. — Einen preußischen Oberpräsidenten in den Verdacht zu bringen, daß er eine Reblaus sei, ist allerdings niederträchtig.

Russisches aus Preußen. Wir lesen: Die Bestimmungen über Reisen von „allerhöchsten und höchsten Herrschaften" auf den preußisch-hessischen Staatsbahnen haben neuerdings einen weiteren Passus erhalten, der manchem harmlosen Menschen unangenehm werden könnte. Es heißt in dem betreffenden Erlasse: „Entsteht gegen Personen, die ohne Grund im Bahnbereich längere Zeit verweilen oder durch Fragen über Bahn- und Betriebsverhältnisse, über das Verkehren von Sonderzügen oder in anderer Weise auffallen, der dringende Verdacht einer beabsichtigten strafbaren Handlung, so sind sie vorläufig festzunehmen und sofort der nächsten Polizeibehörde zuzuführen." — Bei der Häufigkeit der Reisen von „allerhöchsten Herrschaften, und weil man nie weiß, ob nicht gerade in diesem Moment irgendwer, der dazu zählt, im Lande umherzuckt, werden ganz Vorsichtige überhaupt darauf verzichten, noch irgendwo im „Bahnbereich" länger zu verweilen, als absolut notwendig ist, und vor allem werden sie sich hüten, irgendwelche Fragen zu stellen oder „in anderer Weise aufzufallen". Man könnte sie ja sonst als Attentatverdächtige festnehmen. Es wird in der Tat immer russischer im europäischen Reich der Mitte! Eigentlich fehlt nur noch der Paßzwang für jeden, der von Hamburg nach Altona geht oder einen Bahnhof betritt. Auf die Ansichten, die man „oben" über die „Untertanentreue" hegt, wirft der neue Ukas ein scharfes Licht. Wir leben wirklich in einer „liberalen Ära".

Der Reichskanzler über Tarifverträge. Die Gesellschaft für soziale Reform hatte in ihrer letzten Generalversammlung auch über die Methode des gewerblichen Einigungswesens verhandelt. Auf die Übersendung des Verhandlungsberichtes an den Reichskanzler hat dieser nun der „Sozialen Praxis" zufolge u. a. erwidert:

„Gegenüber den Hemmnissen, die selbst bei gutem Willen der Beteiligten dem Abschluß von Tarifverträgen in der Großindustrie entgegenstehen, ist in den dort gepflogenen Verhandlungen mancher dankenswerte Hinweis gegeben worden, wie mit Hilfe eingehender Sachkenntnis und versöhnlicher Gesinnung es gelingen könnte, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Im Interesse des sozialen Friedens und unserer wirtschaftlichen Entwickelung hoffe ich, daß bei einer weiteren Vertiefung dieser Frage eine oder die andere jener Anregungen sich als zweckdienlich erweisen und zu einer Verminderung der Arbeitskämpfe führen wird."

In geradezu auffälliger Drückebergerei vermeidet es der sonst so gesprächige Kanzler mit einem Wort auf die bisherigen Versuche einzugehen, die die Arbeiter in der Metallindustrie und im Bergbau zur Abschließung von Tarifverträgen mit ihren großkapitalistischen Unternehmern gemacht haben. Er lobt die „versöhnliche Gesinnung", aber als Kanzler der besitzenden Klasse wagt er nicht, die Tatsache offen zuzugeben, daß die Arbeiterorganisationen diese „versöhnliche Gesinnung" bei jeder Lohnbewegung gezeigt haben, immer nach festen tariflichen Beziehungen streben, während die dem Kanzler politisch und gesellschaftlich so nahestehenden Kapitalistenkreise gerade in den bezeichneten Industrien jedes tarifliche Abkommen in brüsker, mitunter sogar protzenhafter Weise ablehnen. Echt Bülowsche Regierungsweise ist es, vor Fortschritten platonische Verbeugungen und höfliche Knixe zu machen, um Himmels willen aber den patriotischen Verhinderern dieses Fortschrittes kein böses Wort zu sagen. Der Arbeiterklasse ein gnädiges Wort — dem Unternehmertum den greifbaren Profit, mit dieser Einteilung findet sich der Kanzler am besten ab.

Der Reichskanzler und das „brave Schwein". Sehr kräftige Worte schreibt selbst das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" dem Fürsten Bülow ob seiner jüngsten Leichensteinrede ins Stammbuch:

„Wenn ein Staatsmann sich einen politischen Leichenstein wünscht mit der Inschrift: „Dieser ist ein agrarischer Reichskanzler gewesen", so hat er seine Neigungen, seine politischen Ziele dadurch genügend offenbart. Seine Einseitigkeit steht damit fest. Er verzichtet damit aber auch freiwillig auf die Anerkennung aller Leute, denen die Musik der Bundestrompete nicht lieblich in den Ohren klingt. Noch weit deutlicher und rücksichtsloser ist aber das Bekenntnis zu der politischen Freundschaft mit Herrn v. Oldenburg-Januschau. Wer ist denn dieser Herr von Oldenburg anders als der reaktionärste aller Ostelbier?

Dieser Bündlerpolitiker ist es gewesen, der im Zirkus Busch das jetzt vom Kanzler übernommene Hohnwort vom „braven Schwein" gesprochen hat. Ja, es ist blanker Hohn, das Wort vom „braven Schwein". Dieses Schwein hat über das Deutsche Reich eine Zeit der schwersten Sorge gebracht. Es hat Millionen Deutsche viele Monate lang zur Unterernährung verdammt. Es hat die doch wahrhaftig nicht des Radikalismus verdächtigen deutschen Kommunalverwaltungen in einer Einmütigkeit auf den Plan gerufen, die alle politischen Differenzen überbrückt hat. Dieses Schwein hat allerdings zu dem Profit aus den Handelsverträgen den Agrariern auch noch den Schweineprofit gesellt. Und deshalb wird es von Herrn v. Oldenburg brav genannt und vom Fürsten Bülow besungen.

Wenn nun der Kanzler das alles vergessen hat, wenn er jetzt mit dem Bundesstrategen v. Oldenburg Blutsfreundschaft schließt und dem Bunde das höchste Lob spendet, das je ein Staatsmann für eine Kampforganisation übrig gehabt hat, so soll es der Linken wenigstens dazu dienen, zu lernen, wie man einem Kanzler imponiert. Die „Deutsche Tageszeitung" hat bis in die jüngste Vergangenheit die ärgste politische Schulmeisterei im ärgsten Sinne des Wortes am Kanzler geübt. Wenn an die Grenzsperre auch nur mit dem Finger gerührt werden sollte, so drohte das Blatt mit dem Einziehen seines Vertrauens. Und noch im Kampfe um den Landwirtschaftsminister und Tippelskirchgenossen v. Podbielski, der heute auch schon wieder zum „vortrefflichen Vorgänger" avanziert ist, hat man nichts von der Kanzlerfreundschaft der „Deutschen Tageszeitung" gemerkt."

Wir haben schon hervorgehoben, daß gerade diese Art des Agrariertums, mit dem ersten Beamten des Reiches umzuspringen, diesen augenscheinlich am meisten veranlaßt hat, sich wieder eine bessere Zensur zu erwirken.

Wie positiv nicht gearbeitet wird. Dem Reichstag ist eine Übersicht der Entschließungen zugegangen, die der Bundesrat über Beschlüsse des Reichstags gefaßt hat. Die Übersicht zeigt, wie von seiten des Bundesrates der „positiven Arbeit" des Reichstages teils passiver Widerstand, teils offene Opposition geleistet wird. Beispielsweise beschloß der Reichstag am 29. März 1900, die Regierung um Vorlage eines Entwurfes zu ersuchen, durch welchen die Beitragspflicht der Reichsbetriebe zu den Kommunalabgaben grundsätzlich anerkannt wird. Hier wird mitgeteilt, daß „entsprechende Vorarbeiten bereits seit längerer Zeit eingeleitet seien. Ebenso sind über zahlreiche andere Beschlüsse des Reichstages, die zu Methusalems Zeiten gefaßt wurden, „Vorarbeiten im Gange", „Erwägungen eingeleitet" und Sachverständigen-Gutachten eingeleitet worden. Nun höre man aber, welche Beschlüsse des Reichstags u. a. überhaupt keiner Erwägung und Prüfung würdig befunden wurden. Der Anregung, den Soldaten alljährlich eine kostenlose Urlaubsreise in Schnellzügen zu ermöglichen, „konnte wegen der Finanzlage keine Folge gegeben werden." Ein Urlauber, der von Metz zu seinen Angehörigen in Königsberg will, muß oft tagelang auf der Bahn liegen und hat oft kaum Zeit, den Seinen Guten tag zu sagen, weil er kaum angelangt, schon wieder an die ebenso umständliche und strapaziöse Rückreise denken muß. Ein „Erholungsurlaub" ist unter solchen Umständen nicht viel weniger anstrengend als ein Kaisermanöver. Aber der Beschluß des Reichstages, der dieser barbarischen Unvernunft ein Ende macht, wandert in den Papierkorb des Bundesrats. Genau ebenso geht es einem andern Reichstagsbeschluß, der Beschwerden der Soldaten gegen mißbräuchliche Anwendung der Dienstgewalt erleichtern will. In den Orkus damit! Der militärische Sachverstand des Bundesrats duldet keine Minderung der Disziplin. Natürlich muß auch ein Beschluß, die Zuständigkeit der Schwurgerichte in Preßsachen auf das ganze Reich auszudehnen, und die „Rechtseinheit" zwischen Nord und Süd herzustellen, dasselbe Schicksal erleiden. Man denke nun den Fall, das preußische Abgeordnetenhaus klagte einen sozialdemokratischen Redakteur wegen Beleidigung an, und die Geschworenen sprächen ihn frei. Es ist klar, daß Vorschläge, die zu solchen süddeutsch verwahrlosten Zuständen führen könnten, vor den Augen Preußens keine Gnade finden können, daß sie vielmehr zu jener Art von Anträgen gehören, die Fürst Bülow jüngst „teils perfide, teils phantastische Forderungen" nannte. Überfliegt man aber die Verlustliste, die der Bundesrat dem Reichstag aufgestellt hat, kann man sich des Erstaunens nicht erwehren, wo da eigentlich die berühmte „positive Arbeit" steckt! Und wer sie hindert? Etwa die Sozialdemokratie?

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 18. März 1907.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6¼ Uhr und macht darauf aufmerksam, daß am nächsten Montag eine Bürgerschaftssitzung stattfinden soll, die sich ausschließlich mit dem Budget beschäftigen wird. Weiter teilt er mit, daß der Senat seinen Antrag auf Anstellung von Gefangenenwärtern vorläufig zurückgezogen habe.

Der erste Senatsantrag betrifft den Ankauf des Gesamtgutes Weißenrode.

Lauenstein meint, daß der Ankauf des Gutes Weißenrode für den Staat von Vorteil ist, da Vorrechte, die dieser Besitz bisher besaß, auf den Staat übergehen. Redner ersucht sodann um Ablösung der Reallasten.

Senator Dr. Fehling: Es ist fraglich, ob es sich hier um Ablösung wirklicher Rechte handelt. Die Ablösung der Reallasten beschäftigt bereits eine Kommission.

A. Pape vermißt nähere Angaben über die Verzinsung des Kapitals. Aus der Vorlage gewinnt es den Anschein, als ob beabsichtigt ist, die Ländereien zu parzellieren. Das wäre zu begrüßen. Zu wünschen wäre auch ein weiterer Ausbau des Straßenbahnnetzes; mindestens bis Moislinger Baum.

Senator Dr. Fehling: Der Staat wird alles tun, um den neuen Landerwerb nutzbringend für Lübeck zu gestalten.

Klein: Mir ist das Gerücht zu Ohren gekommen, daß Niendorf zu Industriezwecken verwandt werden soll. Redner ersucht um Verbesserung dort befindlicher Wege.

Senator Dr. Fehling: Das Gerücht, das Herr Klein erwähnte, ist völlig grundlos.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft Verbreiterung der Beckergrube bei ihrer Einmündung in die Breitestraße. Für den vom Maurermeister Wegner hierfür zu kaufenden Landstreifen sind 50 000 Mark zu zahlen.

Dr. Leverkühn befürwortet den Senatsantrag. Er meint ferner, daß die im Bebauungsplan vorgesehene Verbreiterung der Beckergrube an der Südseite durch den vorliegenden Senatsantrag nicht aufgehoben wird.

Senator Dr. Eschenburg bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung.

Hahn wünscht, daß mit der Verbreiterung der Beckergrube auch die Höhenregulierung dieser Straße vorgenommen wird.

Thiele bedauert, daß im Eckhause Breitestraße und Beckergrube eine Wirtschaft errichtet werden soll. Mit der Konzessionserteilung wird überhaupt ein großer Unfug getrieben.

Senator Dr. Eschenburg: Sollte eine Wirtschaft errichtet werden, so wird die Konzessionserteilung den vorgeschriebenen Gang gehen.

Senator Dr. Neumann: Eine Wirtschaft soll auf dem Wegnerschen Grundstück errichtet werden und ist dem Unternehmer auch die Konzession in Aussicht gestellt.

Thiele bedauert das.

Blunck bittet ebenfalls um Höhenregulierung der Beckergrube.

Windel: Im Interesse des Staates resp. des Pächters des Theaterrestaurants würde es liegen, wenn die Konzession in der oberen Beckergrube überhaupt nicht erteilt wird.

Dr. Wittern bittet, daß bei der Konzessionserteilung von den Behörden bestimmte Grundsätze befolgt werden. Manchmal wird die Konzession nicht erteilt, weil z. Zt. kein Bedürfnis vorliegt. Gelegentlich wird auch einmal ganz anders verfahren; da erhält jemand die Konzession mit Rücksicht auf die künftige Entwicklung.

Senator Dr. Eschenburg: Es ist unrichtig, daß mit der Konzessionserteilung Handel getrieben und ohne Grundsätze verfahren wird.

Der Senatsantrag wird darauf angenommen.

Der dritte Senatsantrag betr. Erhöhung der für Ehrenausgaben des Senates im Voranschlag für 1906 vorgesehenen Mittel wird debattelos angenommen, ebenso der Senatsantrag betr. die Verstärkung des Abschnittes XIII der Ausgabenseite des Staatsbudgets für 1906 um weitere 50 000 Mk.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Erhöhung des Staatszuschusses für die Großheim'sche Realschule im Rechnungsjahre 1906.

Thiele wünscht, daß die Reimannsche Schule verstaatlicht wird.

Senator Dr. Vermehren: Es liegt sowohl im Interesse des Staates als auch in dem der Schule, daß die Verstaatlichung noch unterbleibt.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Debattelos genehmigt werden die Senatsanträge betr. Bewilligung von 9950 Mk. zur Herstellung einer neuen Kabelleitung für die Feuermeldeanlage nach und in der Vorstadt St. Lorenz sowie Verkauf von Areal an die Firma J. H. F. Lüders, Moislinger Allee Nr. 37.

Beim Senatsantrag betr. Enteignung von Teilen des Grundstücks An der Untertrave Nr. 92 beantragt Piehl die Verweisung der Vorlage an eine Kommission, weil eine Verbreiterung der Straße An der Untertrave dringend notwendig und jetzt günstige Gelegenheit zu Verhandlungen mit dem Anlieger Tesdorpf vorhanden sei.

Glasau meint, daß bei dem Enteignungsverfahren nicht immer gerecht verfahren wird. So wurden beispielsweise einem Anlieger an der Untertrave 2 Mk. für den Quadratmeter geboten, während ein Nachbar für den Quadratmeter im Ankauf 400 Mk. zahlen mußte.

Vom Senatstische wurde bemerkt, daß es sich im ersten Falle um nicht bebauungsfähiges Areal handelte.

Dr. Wittern schildert in längeren Ausführungen an der Hand von Zeichnungen, wie bureaukratisch und unpraktisch die Behörden in einem Enteignungsverfahren mit der Firma Tesdorpf gehandelt haben soll. Redner hält es für zweckmäßig, wenn die Senatsvorlage abgelehnt wird und die Bürgerschaft ein Ersuchen an den Senat richtet, mit dem Anlieger Tesdorpf in erneute Verhandlungen zu treten.

Senator Dr. Neumann sucht das Verfahren der Behörden zu rechtfertigen, die nur im öffentlichen Interesse gehandelt hätten. Der Senat hat nichts dagegen einzuwenden, wenn die Vorlage an eine Kommission verwiesen wird; es ist ja doch nach dem bisher Gehörten schwer anzunehmen, daß die Kommission mehr als die Behörden im Interesse des Staates arbeiten wird.

A. Pape erklärt es als einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung, daß Dr. Wittern nicht vom Platz aus gesprochen habe.

Wortführer Dr. Görtz: Über die Geschäftsordnung habe ich allein zu wachen.

Senator Dr. Eschenburg hält es nicht für zweckmäßig, daß erst die Kommission mit der Firma Tesdorpf verhandeln soll, bevor die Bürgerschaft das Enteignungsrecht der Behörde verliehen hat. (Sehr richtig!)

Stender: Herr Dr. Wittern hat hier anscheinend nicht als Bürgerschaftsmitglied, sondern als Anwalt der Firma Tesdorpf gesprochen. Wenn nach den Wünschen des Dr. Wittern verfahren werde, würde der Staat große Summen ausgeben müssen. Redner ersucht um Annahme der Senatsvorlage.

Dobberstein tritt ebenfalls für die Senatsvorlage ein.

Wissell: Nach meiner Ansicht haben im vorliegenden Falle die Behörden das Interesse des Staates gewahrt und deshalb stimmen wir dem Senatsantrage gern zu.

Schorer meint, daß bei Verhandlungen, die von einer Bürgerschaftskommission mit den Anliegern geführt würden, nicht viel heraus komme und bittet um Annahme der Senatsvorlage.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft den Bau einer Turnhalle bei der VI. St. Lorenzschule in Verbindung mit einem Schul- und Volksbade.

Blunck bemängelt Einzelheiten im Bauplan. Er wünscht deshalb, daß der Senatsantrag an eine Kommission verwiesen wird.

Senator J. H. Evers: Der Senat hat natürlich gegen die Kommissionsberatung nichts einzuwenden, doch scheinen die Mängel, welche Blunck anführte, nicht erheblich.

Schulmerich ist ebenfalls für Kommissionsberatung.

Der Antrag Blunck wird angenommen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Senatsantrag betr. Feststellung der im Rechnungsjahre 1907 auszuführenden Pflasterungs- undIelarbeiten in der Stadt. Der Senat beantragt, daß die Baudeputation ermächtigt werde, nach Maßgabe der vorgelegten Pläne und des Kostenanschlages des Baudirektors Balzer vom 14. Dezember 1906 im Rechnungsjahre 1907 in der Stadt die nachstehenden Neupflasterungen und Sielanlagen vorzunehmen: 1. die Verbreiterung der Straße An der Untertrave von der Holstenstraße bis zur Braunstraße (5000 Mk.); 2. die Regulierung und Umpflasterung der unteren Holstenstraße von der Untertrave bis zum Petristegel, Verbreiterung des nordseitigen Bürgersteiges auf 3,0 Mtr., Umpflasterung der 9,0 Mtr. breiten Fahrbahn (12 000 Mk.); 3. die Regulierung und Neupflasterung der oberen Engelsgrube von der Schwönekenquerstraße bis zum Grundstück Nr. 8 (22 500 Mk.); 4. die Neupflasterung der Rosenstraße und eines Teiles der Großen Gröpelgrube, von der Rosenstraße bis zum Anschluß an den Langen Lohberg (10 500 Mk.); 5. die Neupflasterung des oberen Teiles der Großen Altenfähre von der Engelswisch bis zur Kleinen Altenfähre (7200 Mk.); 6. die Tieferlegung und Vergrößerung des Hauptsieles auf dem Weiten Lohberg südseitig bis zum Einsteigeschacht vor dem Grundstück 51 (6000 Mk.); 7. die Unterhaltung des Straßenpflasters, der Bürgersteige und der Siele im allgemeinen (33 200 Mk.).

Heyk erklärt sich dagegen, daß die Rosenstraße um einen Meter geschmälert wird und regt eine Besserung der oberen großen Gröbelgrube an.

Senator J. H. Evers hält die geplante Breite der Rosenstraße für ausreichend.

Lauenstein fragt, ob Aussicht vorhanden ist, daß die obere Holstenstraße bald verbreitert wird. Weiter meint der Redner, daß der zweigleisige Betrieb der elektrischen Bahn für die Holstenstraße zu gefährlich sei.

Senator Dr. Eschenburg: Die Verbreiterung wird erfolgen, wenn die Anlieger bauen.

Meeths wünscht Auskunft, wie die Gleise der Straßenbahn in der Holstenstraße gelegt werden sollen.

Senator J. H. Evers: Die Gleise kommen in der Mitte der Straße zu liegen, so daß für den Wagenverkehr an den Seiten genügend Raum bleibt. Auf der Holstenbrücke werden zwei Gleise gelegt, die von beiden Bahnen gemeinsam benutzt werden.

A. Pape macht darauf aufmerksam, daß man viel Geld für Pflasterungsarbeiten sparen könne, wenn besser disponiert wird.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird die Senatsvorlage angenommen; ebenso ein Antrag Heyk, die Breite der Rosenstraße auf 7 Meter zu belassen.

Debattelos genehmigt wird der Senatsantrag betreffend Auswechselung der Gas- und Wasserleitungen in der Engelsgrube und in der Rosenstraße, sowie Verlegung der elektrischen Speisekabel in der Engelsgrube, in der Holstenstraße und An der Untertrave.

Der nächste Antrag des Senats betrifft die Vermehrung der Kanzlistenstellen am Steuerbureau.

Klein beantragt, die Bürgerschaft ersucht gleichzeitig den Senat, darauf hinzuwirken, daß das jetzt bei anderen Behörden bestehende ungünstige Verhältnis zwischen der Zahl der ständigen Hilfsarbeiter und derjenigen der festangestellten Beamten beseitigt wird. Redner begründet diesen Antrag damit, daß jetzt eine ganze Anzahl Hilfsarbeiter die Tätigkeit von Kanzlisten zweiter Gehaltsklasse ausüben. Weiter sei die unkündbare Anstellung der Hilfsarbeiter wünschenswert.

Senator Dr. Eschenburg: Der Senat wird dem Antrag des Herrn Klein gern folgen.

Senator Dr. Stoß: Die unkündbare Anstellung der Hilfsarbeiter wird vom Senat erwogen. Es wird ferner bereits am Mittwoch dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen, nach welcher den Hilfsarbeitern, die in Beamtenstellen aufrücken, ihr früherer Lohn als Anfangsgehalt zugesichert wird.

Schneider regt an, daß für die neuen Kanzlisten die Kaution in Wegfall kommt.

Senator Dr. Eschenburg: Die Frage der Kautionsstellung wird demnächst auf Grund eines dem Senat vom Bürgerausschuß entgegengebrachten Ersuchens neu geregelt werden.

Der Senatsantrag wird angenommen, ebenso der Antrag Klein.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Aenderung der Bureaubeamtenstellen der Oberschulbehörde.

Schneider bittet um Ablehnung der Senatsvorlage, da dieselbe eine Durchbrechung des Beamtenbesoldungsetats bedeutet. Eine Revision des Besoldungsetats sei jedoch notwendig.

Senator Dr. Eschenburg: Der Senat hat eine Revision des Beamtenetats in die Wege geleitet.

Senator Dr. Vermehren begründet den Senatsantrag mit der Vermehrung der Geschäfte der Oberschulbehörde.

Wissell: Eine Revision des Beamtenbesoldungsetats halten wir für nötig. Hoffentlich läßt dieselbe nicht solange auf sich warten, wie die Arbeiten der Kommission für die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die Gehaltserhöhung dieser Beamten würde die Zurücksetzung anderer Beamten bedeuten, die eine mindestens ebenso große Verantwortlichkeit haben.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Senatsantrag angenommen.

Debattelos genehmigt wird der Senatsantrag betr. Bewilligung eines Beitrages von 13000 Mark an den Verein für Ferienkolonien.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 55 Minuten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 19. März.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Die positiven Leistungen der Sozialdemokratie lautet das Thema, über welches am kommenden Freitag abend in einer großen öffentlichen Volksversammlung im „Vereinshaus" der frühere Reichstagsabgeordnete Hermann Molkenbuhr sprechen wird. Genosse Molkenbuhr war eines der hervorragendsten Mitglieder des Reichstages; auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung ist er eine allgemein anerkannte Autorität. Es wird besonders interessant sein, aus dem Munde eines Mannes wie Molkenbuhr den Nachweis geliefert zu erhalten, daß die auch von dem Mischmaschkandidaten Herrn Klein kolportierte Behauptung, die Sozialdemokratie habe nichts Positives für die Arbeiter geleistet, eine grobe Unwahrheit ist. Schwerlich werden die „vereinigten bürgerlichen Parteien" den Mut finden, am Freitag ihre Verleumdungen in der Volksversammlung zu wiederholen, obwohl ihnen unumschränkte Redefreiheit zugesichert wird. Im Verleumden und Kneifen waren sie bisher immer groß. Genosse Molkenbuhr wird auch kurz auf die Kolonialpolitik eingehen, um den Lübecker „Alldeutschen" Gelegenheit zu geben, die Sozialdemokraten „aufzuklären". Parteigenossen, agitiert für einen regen Besuch der Versammlung.

Der Bürgerausschuß hat am Sonnabend die Beratung des Staatsbudgets für 1907 beendet. Nach den vorgenommenen Änderungen stellt sich jetzt bei einer Ausgabe von 8 614 975,76 Mark und einer Einnahme von 8 350 185,07 M. der Fehlbetrag auf 264 790,69 M.

Gegen die Einführung der Wassermesser sprach sich der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein aus. In der diesbezüglichen Resolution heißt es weiter, daß, falls die Wassermesser aber eingeführt werden, der Preis von 10 Pfg. für den Kubikmeter bis 1917 festgelegt werde. Ferner wurde verlangt, daß bei Aufstellung von Unterwassermessern in den einzelnen Mietswohnungen die Einziehung des Betrages für verbrauchtes Wasser der Behörde und nicht dem Vermieter obliegt.

Verlegung von Räumen des Polizeiamtes. Wie wir erfahren, werden am 1. April d. Js. nicht nur die Bureaus der Abteilung der Kriminalpolizei sondern sämtliche Bureaus der dem Polizeihauptmann unterstellten Exekutiv-Abteilung, ausgenommen das Polizei-Bureau, welches in den seitherigen Räumen im Kanzleigebäude verbleibt, nach der Johannisstraße Nr. 1, zwei Treppen, im Gebäude der „Kommerzbank" verlegt werden. Die Polizeikasse, welche sich bislang Johannisstraße No. 1 befindet, wird im Hause Mengstraße Nr. 4, die von der Verwaltungs-Abteilung seither im Hause Johannisstraße Nr. 1 untergebrachten Bureaus werden im Kanzleigebäude untergebracht werden.

Schwerer Unfall. Auf dem Holzlagerplatz der Firma Sager u. Klüßmann, Wielandstraße, ereignete sich gestern ein schwerer Betriebsunfall. Durch das Umstürzen eines Bretterstapels wurde der Arbeiter H. Jürgens gen. Wulf, der frühere Frohn, wohnhaft Schlumacherstraße 2, sofort getötet; der Arbeiter W. Hausmann, wohnhaft Georgstraße, zog sich eine empfindliche Schulterquetschung und ein Schlüsselbeinbruch zu. Als Ursache des Unglücks wird angegeben, daß der Bretterstapel etwas schmal aufgesetzt war und infolge des Sturmes umkippte.

Veränderte Eisenbahntarife. Die Direktion der Lübeck-Büchener Bahn macht bekannt: Mit dem 30. April ds. Js. wird unser Personentarif für den Binnenverkehr und der Personentarif zwischen Stationen der Lübeck-Büchener und Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft aufgehoben. An deren Stelle treten am 1. Mai ds. Js. auf neuer Grundlage erstellte Tarife, durch die neben erheblichen Ermäßigungen auch Fahrpreiserhöhungen, namentlich in den Fahrpreisen 1. Klasse und durch den Wegfall des Gepäckfreigewichts, eintreten. Inhaber von Rückfahrkarten, die bis zum 30. April ds. Js. gelöst sind, genießen alle mit diesen Karten verbundenen Rechte bis zum Ablauf der Gültigkeitsdauer dieser Fahrkarten. Bis zum Erscheinen des neuen Tarifs erteilt unser Tarifbureau Auskunft über die künftigen Fahrpreise. — Auch ein neuer Gütertarif tritt mit dem 1. Mai in Kraft.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. Der Gau III, Hamburg-Altona und Umgegend, hielt am Sonntag, den 17. März seine diesjährige Konferenz im Lokale des Herrn Lüssenhop, Harburg, ab. Vertreten waren 7 Ortsgruppen mit 14 Delegierten. Die Ortsgruppen Lüneburg und Lübeck hatten keine Delegierte gesandt. Dem Berichte des Gauleiters war zu entnehmen, daß überall intensiv gearbeitet worden ist, die Abstinenzbewegung aber trotzdem nur langsam vorwärts geht, da uns an manchen Orten kolossale Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Parteigenossen stehen uns größtenteils verständnislos, wenn nicht direkt feindselig gegenüber. Wenn wir trotzdem weiter kommen, dann ist das dem unermüdlichen Fleiß unserer Genossen zuzuschreiben. — Den größten Teil der Verhandlungen füllten Beratungen über Statutenänderungs-Anträge zur Generalversammlung aus. U. a. wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, in Zukunft Mitglieder anderer Abstinenzorganisationen nicht mehr aufzunehmen, da namentlich mit den Guttemplern bisher sehr schlechte Erfahrungen gemacht seien. Eine vom Bundesvorstand beantragte Erhöhung der Beiträge beschloß man abzulehnen, da mit den bisherigen Mitteln auszukommen sein müsse. Dagegen war man für eine Erhöhung der Einschreibegelder. An Stelle des bisherigen Gauleiters, Genossen Kirchner, wurde der Genosse Giesler-Hamburg einstimmig zum Gauleiter gewählt. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie sowie auf den Arbeiter-Abstinenten-Bund wurde die Konferenz gegen 9½ Uhr geschlossen.

Ein schwerer Südweststurm brauste gestern über unsere Stadt. Nachmittags hörte man das Grollen eines fernen Gewitters. Außer dem schrecklichen Unfall bei Sager u. Klüßmann sind uns keine Sturmschäden bekannt geworden.

pb. **Diebstahl.** Am 18. d. Mts., nachmittags zwischen 5½ und 6 Uhr, wurde vom Flur eines an der Brockesstraße belegenen Hauses eine Hose und eine Weste aus dunkelgrauem Stoff gestohlen. Die Weste hat schwarz und weiß gestreiftes Futter.

Das Personal des Hansatheaters veranstaltet am Donnerstag abend im Konzerthaus Flora einen Benefizball. Zur Mitwirkung haben sich verschiedene Artisten bereit erklärt. Es ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß die Veranstaltung sich zahlreichen Besuches erfreuen wird.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Morgen Mittwoch findet keine Vorstellung statt. Für Donnerstag ist das Benefiz für den verdienstvollen Oberregisseur Carl Zeitz festgesetzt, der an diesem Tage gleichzeitig sein 25jähriges Bühnenjubiläum feiert. Der Jubilar und Benefiziant hat für seinen Ehrenabend Brachvogels spannendes Schauspiel „Narciß" gewählt, worin er die Rolle des Narciß Rameau spielen wird. Wir wollen wünschen, daß ein volles Haus der Lohn für die arbeitsreiche Tätigkeit des Herrn Zeitz sein möge. Am Freitag wird zum letzten Male „Aida" wiederholt und am Sonnabend geht neueinstudiert die Operette „Der Vogelhändler" in Szene.

Wismar. Die Zimmergesellen sind in den Streik eingetreten; so melden bürgerliche Blätter.

Warnemünde. Ein Boot mit vier Fischern, welche Reusen aufnehmen wollten, ist auf See von einer Windhose erfaßt und zum Kentern gebracht worden. Alle vier Fischer sind ertrunken.

Hamburg. Tarifbewegung im Schneidergewerbe. Die Montag vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichtes gepflogenen Verhandlungen sind als gescheitert zu betrachten, da die Arbeitgeber erklärten, an die dem Ultimatum beigegebene Vorlage gebunden zu sein. Die Auseinandersetzungen der Parteien waren sehr lebhaft. — In einer stark besuchten Versammlung beschlossen die Arbeitnehmer, am heutigen Dienstag bei allen Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe die Arbeit einzustellen. — Zur Aussperrung am Hafen wird gemeldet: Die Kalamität im Hafen wird immer größer, es werden sogar schon andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. So kam ein Geschäftsteilhaber der Bremer Ölfabrik in das Bureau der Schauerleute und erklärte, er müsse 150 Arbeiter entlassen, wenn er nicht bald 300 Tons Leinsaat aus einem Dampfer bekäme. Da dem Herrn gegenüber die leitenden Scharfmacher im Hafenbetriebsverein erklärt hatten ausgesperrte Schauerleute dürften unter keinen Umständen die Ladung löschen, verfiel er auf einen ganz originellen Trick: er machte den Vorschlag, die Schauerleute möchten bei ihm als Fabrikarbeiter in Arbeit treten und dann als „seine" Arbeiter die Ladung löschen. Dieser Trick ist jedenfalls dem Hirn der Hafenprotzen entsprungen. Selbstredend mußte der bedrängte Mann abgewiesen werden. Mehrere Arbeitgeber haben schriftlich beim Vorstand der Schauerleute angefragt, ob er bereit wäre, ihnen Schauerleute zu bewilligen, da in den nächsten Tagen mehrere Dampfer mit verschiedenen Ladungen einträfen. Verhalte der Vorstand sich ablehnend, so seien sie gezwungen, Mitglied des Hafenbetriebsvereins zu werden, um so ein Anrecht auf die Zuweisung ausländischer Streikbrecher zu erlangen. So macht sich die Wirkung der Aussperrung immer mehr fühlbar. Die kleineren Unternehmer seufzen furchtbar unter dem ungeheuren Terrorismus, den die tonangebenden Scharfmacher auf sie ausüben. Von Seiten der Reeder ist den Mitgliedern des Hafenbetriebsvereins, die bis jetzt noch zu den alten Bedingungen arbeiten ließen, die Mitteilung ergangen, daß sie sich den Beschlüssen fügen müßten, widrigenfalls sie aus dem Hafenbetriebsverein ausgeschlossen würden. Die betreffenden Arbeitgeber haben sich gefügt und ihre alten Schauerleute entlassen. Gegen diesen Terrorismus haben die bürgerlichen Blätter natürlich nichts einzuwenden.

Hamburg. Totgefahren. Ein schweres Unglück trug sich gestern morgen auf der Strecke der Ohlsdorfer Bahn zwischen den Stationen Friedrichsberg und Hasselbrook zu. Ein polnischer Erdarbeiter, dessen Familie in Bremen wohnt, sah einen von Ohlsdorf kommenden Zug heransausen und lief, obwohl der Zug schon ganz nahe war, über die Schienen. Das sollte er mit dem Leben büßen. Er wurde von der Maschine erfaßt und überfahren. Sein Tod erfolgte auf der Stelle. — Mord und Selbstmord. Gestern nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr erschoß in der Hardenstraße 29 der Donkeymann Paul Gorges seine Braut, die Schneiderin M. Borwar, und dann sich selbst. Das Motiv ist Eifersucht. — Rätselhafter Tod. Als Sonntag abend die Tochter des am Lehmweg 56 wohnhaften betagten Ehepaares Nachmann nach Hause kam, glaubte sie einen schwachen Gasgeruch wahrzunehmen. Sie machte vorsichtig Licht, aber alle Gashähne waren fest geschlossen. Die Tochter fand dann ihre Mutter im Nachtgewande tot vor und den Vater schwer erkrankt. Eine Leuchtgas- oder Kohlenoxydgasvergiftung scheint nicht vorzuliegen. Das Dienstmädchen, das eine Viertelstunde früher als die Tochter nach Hause gekommen ist, hat nicht den geringsten Gasgeruch wahrgenommen. Allerdings waren die Gaszuglampen heruntergezogen und vielleicht auch etwas Gas ausgeströmt, aber längst nicht so viel, daß Menschen daran sterben konnten. Es wird die Vermutung gehegt, daß der Ehemann plötzlich krank geworden ist. Und in der Angst und der großen Besorgnis um ihren Mann hat die betagte Hausfrau einen Herzschlag bekommen und ist gestorben.

Altona. Opfer des herrschenden starken Sturmes geworden ist ein Maurer Stolze, der am Montag nachmittag kurz nach 3 Uhr, als er an einem Neubau an der Ecke der Bahrenfelder Chaussee und der Beethovenstraße arbeitete, vom Dach heruntergeschleudert wurde und mit zerschmetterten Gliedern und schweren inneren Verletzungen besinnungslos liegen blieb. — In der Arnoldstraße wurde ein Maler infolge eines Windstoßes von einer Leiter auf das Straßenpflaster geschleudert und ebenfalls schwer verletzt.

Kiel. Aussperrung. Die Kieler Töpfergesellen sind gestern morgen von ihren Arbeitgebern ausgesperrt worden. Nur einzelne sind noch kurze Zeit beschäftigt, um ihre angefangenen Akkorde fertig zu stellen. — Preßprozeß gegen die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung". Wegen angeblicher Beleidigung des Bürgermeister Kuhr von Segeberg und dessen Polizeiwachtmeisters Willhöft hatte sich gestern der Genosse Prüter von der „Schlesw.-Holst. Volks-Zeitung" zu verantworten. In Betracht kommen zwei Notizen aus Segeberg, überschrieben: „Die Polizeibehörde und die Sicherheit" und „Auf der Suche nach dem Ubeltäter" in den Nrn. 149 und 240 vom vorigen Jahre. In der ersten Notiz wird kritisiert, daß der Bürgermeister als Polizeimeister bürgerlichen Vereinen das Veranstalten von Umzügen mit Fahnen und Musik im Ort gestattet, den Arbeitervereinen dagegen solches untersagt, daß er demnach den Grundsatz nicht anerkennt: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Auf das wiederholte Gesuch des Gewerkschaftskartells um die Erlaubnis zu einem Ausmarsch von der Herberge nach dem Festplatz sei der Antrag mit der Randbemerkung zurückgekommen: „Urschriftlich unter Hinweis auf den am 15. d. M. erteilten Bescheid, der aufrechterhalten wird, zurückgesandt. Segeberg, 20. Juni 1906. Die Polizeiverwaltung. Kuhr." Es heißt dann weiter: Der Arbeiterturnverein hatte am Sonntag Fahnenweihe, wozu verschiedene auswärtige Vereine erschienen waren. Der Stockelsdorfer Turnverein kam mit der Bahn und rückte mit Trommeln und Pfeifen ein. Sofort waren zwei Polizisten da und notierten sich den Vorstand, weil der Verein keine polizeiliche Erlaubnis hatte. Am Schluß wird gesagt: „Die Arbeiterschaft Segebergs bekommt der Bürgermeister Kuhr mit seinen Polizisten und Schikanen doch nicht mürbe." In der zweiten Notiz wird berichtet, daß der Polizeiwachtmeister Willhöft bei dem Genossen Henniges nachgeforscht habe, wer der Einsender sei. W. habe aber eine Abfuhr erfahren. Hierheißt es am Schluß: „Im übrigen wollen wir noch darauf hinweisen, daß niemand verpflichtet ist, sich von dem Polizeiwachtmeister Willhöft einem Verhör unterziehen zu lassen. Der Herr maßt sich Rechte an, die ihm nicht zustehen." In den beiden Schlußsätzen werden in der Anklage die Beleidigungen gefunden, der sich der Genosse Prüter als damaliger verantwortlicher Redakteur des Blattes schuldig gemacht haben soll. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Spiegel. Außer dem Beleidigten sind fünf Zeugen geladen. Die Verhandlung gewährt einen hochinteressanten Einblick in die Verwaltungspraxis des Bürgermeisters Kuhr und seiner Organe. Stadtrat Meyer und Stadtverordneter Arend bekunden, daß sich der Einwohnerschaft ein allgemeiner Unwille über die rigorose Verwaltungspraxis des K. bemächtige habe. Die Polizeistrafen seien während seiner Amtsperiode zu einer gewaltigen Höhe angewachsen. Wiederholt hätten sie in den Kollegien Beschwerde erhoben. Diese, sowie die ihm von der Arbeiterschaft gemachten Beschwerden werden von dem Bürgermeister unumwunden zugegeben. Bei den Veranstaltungen von Fest- bezw. Umzügen habe er einen Unterschied gemacht zwischen sozialdemokratischen und anderen Vereinen; er habe dazu den strikten Befehl von seiner vorgesetzten Behörde erhalten. Die Ursache sei auf wiederholte „Ausschreitungen" bei derartigen Gelegenheiten zurückzuführen. In ähnlicher Weise begründet er eine Anzahl weiterer Verbote und dergleichen. Verschiedene Polizeierlasse seien im Interesse der Ordnung und Sicherheit erlassen worden. Willhöft gibt an, daß er vom Bürgermeister beauftragt gewesen sei. Nachdem der Staatsanwalt für eine Gesamtstrafe von 500 Mk. event. 50 Tage Gefängnis, und der Verteidiger für Freisprechung plaidiert hatten, erkannte das Gericht für jeden der Fälle auf 50 Mk., zusammen also auf eine Geldstrafe von 100 Mk. event. 10 Tage Gefängnis. Das Gericht erachtete in beiden Fällen die Absicht der Beleidigung für vorliegend.

Flensburg. Bestrafter Rohling. Der 35jährige frühere Leutnant Pauly aus Kiel, der am 5. Dezember in Tarp dem Mechaniker Dreszler-Schleswig mit einem Bierglas das rechte Auge ausschlug, wurde gestern von der Strafkammer zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 4 Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung beantragt. P. ist für seine bodenlos rohe Tat recht milde beurteilt worden.

Flensburg. Aussperrung der Schneidergesellen. Von den hiesigen Schneidermeistern und Maßgeschäften sind am Sonnabend gegen 120 Gesellen ausgesperrt worden. Die Gesellen verlangten für Überstunden und Extraarbeiten 10 bis 15 Proz. Lohnerhöhung. Die Firma Spiller u. Eckhardt, welche nicht dem Arbeitgeberverband angehört, hat die Forderungen bewilligt.

Stenderup (Schlesw.) Ein Feuer entstand im Hause des Arbeiters P. Nielsen. Eine alte Frau, Hanne Brang, die eine Stube im Hause bewohnte, ist in den Flammen umgekommen. Das Feuer kam in der Stube der Frau nachts zum Ausbruch. Vielleicht hat die Alte Licht anzünden wollen und ist dabei unvorsichtig gewesen.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am 17. d. Mts. meine liebe Frau und treusorgende Mutter

Frau Elisabeth Zarnow,
geb. Groth.

Dies zeigen tiefbetrübt an

H. Zarnow und Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag 9¼ Uhr von der Burgtor-Kapelle aus statt.

Gestern nachmittag 3 Uhr wurde unser kleiner Liebling **Willi** im zarten Alter von 1 Jahr 5 Monaten durch den Tod von seinem schweren Leiden erlöst. Tiefbetrauert von s. Eltern u. Gesch. **F. Markmann** u. Fr., gb. Boldt.

Kinderl. Eheleute suchen zum 1. Juli **eine Wohnung** im Pr. von 180—200 Mk. in der Stadt oder vorm Tor.
Ang. u. **K K** an die Exped. d. Bl.

Junges Mädchen sucht Aufenthalt auf einige Wochen.

Offerten mit Angabe des Pensionspreises unter **R. B. 48** an die Expedition d. Blattes.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend.
E. G. m. b. H.

Wir suchen zum baldigen Antritt eine tüchtige, energische Person als

Lagerhalter.

Bewerbungsschreiben bitten wir, mit Aufschrift „Lagerhalter" versehen, bis zum 23. d. M. an unsere Geschäftsstelle, Fleischhauerstraße 30, einzureichen.

Der Vorstand.

Gesucht ein Schlossergeselle.

F. R. Spencke
Dornestraße.

Gesucht zu Ostern

ein Schlosserlehrling.

M. Keydel, Lindenstraße 72 a.

Gesucht ein junges Mädchen für einen kleinen Haushalt
Reiferstraße 29.

Eine guterhaltene Hobelbank mit Vorderzange billig zu verkaufen
Engelsgrube 25, II.

Eleganter Kinderwagen, vernickelt und mit Gummireifen, zu verkaufen
Mittelstraße 2 a.

Zu verkaufen **ein guterhaltener Kinderwagen ohne Gummi**
Wakenitzmauer 7 a, II., Fl.

Zu verkaufen **eine Kinder-Traillen-Bettstelle billig** Mengstraße 21, I.

Kanarienhähne, echte Roller, und ein zahmes Eichhörnchen Hundestr. 62, III.

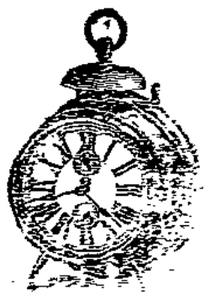
Auf Abzahlung 1 Mark pro Woche.

Konfirm.-Anzüge
Kleider, Blusen, Röcke, Möbel, Betten.
S. Sachs. Hüxstr. 41.

Konfirmanden erhalten 1 Hut gratis.

Alte Kunden erhalten ev. Waren ohne Anzahlung.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24



Zum billigen Uhren-Schultz
ob. Johannisstraße 20.
Enormes Lager
— Uhren * Ketten —
Gold- u. Silberwaren
gold. Trauringe 585/1000 gest.
Rathenower Brillen.
Eigene Werkstatt.
Verkauf u. Reparaturen unter Garantie.

Empfehle **Konfirmationskarten** in großer Auswahl. Bringe auch mein Kolonialwarengeschäft in gütige Erinnerung.
L. F. Leukefeld, Lohberg 1.

Gute franz. Eßkartoffel

empfiehlt billigst
Adolf Romann
Wickedestraße 42.

Zur billigen Fleischquelle.

Prima junges Schweinefleisch	Pfd. 60 Pf.
Prima Kalbfleisch	Pfd. 50 Pf.
Karbonade	Pfd. 70 Pf.

48 b Königstraße 48 b.
J. J. P. Möller.

Mittwoch nachmittag von 3—5 Uhr:

Grösseren Posten
Ochsenmarkknochen, sowie **Abfall-Fleisch,**
das Pfund 10 Pfg.

Frisch gesalzene **Schnauzen und Pfoten,**
das Pfund 20 Pfg.

Leicht gepökelte **Rippen,** das Pfund 20, 30 und 40 Pfg.

Kalbsknochen, mit ziemlich viel Fleisch das Pfund 7 Pfg.

Verkauf **nur** in der Fabrik **Beim Rethteich 14.**

Thüringer
Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.

Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme.

Donnerstag, den 21. März, abends 8½ Uhr, im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Vertrauensmänner-Sitzung der Roll- und Blockwagen-Kutscher.

Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Der Vorstand.

Unentbehrlich für jeden Arbeiter
ist das

Arbeiter-Hausbuch

Ein Führer durch das öffentliche und private Leben des deutschen Arbeiters.

Nachschlagebuch für alle Rechtsfragen, soweit solche den Arbeiter als Ehemann, Vater und Bürger betreffen.

Anhang: Rezepte für die Küche. Haus- und Gesundheitspflege.

380 Seiten stark. Preis brochiert Mk. **1.—.**

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
und deren Kolporteure.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.

Extra-Mitgliederversammlung

am Donnerstag, 21. März
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Gute Zigarren, abgelagert, 100 Stck. 2.90 und 3.50 Mark.
Johannisstraße 17/19.

Skat-Klub „Grundehrlich".
Heute Dienstag, abends 9 Uhr:
Preis-Skat
in der „Norddeutschen Bierhalle",
Johannisstraße 5.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Kaiser-Tage und Krefeld im Festkleide.
Einzug des 11. Husaren-Rgts.
(Tanz-Husaren).

Verein für Feuerbestattung
Lübeck.

Haupt-Versammlung

am Dienstag, den 26. März 1907,
abends 8½ Uhr
in der „Bauhütte".

Tages-Ordnung:

1. Entgegennahme des Jahresberichtes und der Rechnungsablage.
2. Bericht der Rechnungsprüfer.
3. Entlastung des Vorstandes für die Geschäftsführung in 1906.
4. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern für satzungsgemäß ausscheidende 3 Herren.
5. Bestellung von 2 Rechnungsprüfern.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 20. März
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines Boten.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Wahl eines Mitgliedes zur Bauarbeiterschutzkommission.
4. Diskussion der zum Verbandstage gestellten Anträge.

Der Vorstand.

Achtung Schneider!

Geschäfts-Delegierten-Sitzung

am Mittwoch, den 20. d. M.,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Zu dieser Sitzung ist das Erscheinen des Filiale-Vorstandes, sowie der Mitglieder der Agitations-Kommission dringend erforderlich.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Stadt-Theater.

Direktion: Ludw. Piorkowski.
Mittwoch: **Keine Vorstellung.**
Donnerstag, 21. März. 8 Uhr.
Benefiz und Feier des 25jährigen Bühnenjubiläums des Opernregisseurs Carl Zeitz.
Einmalige Aufführung.

Narciss.

Schauspiel in 5 Akten v. Brachvogel.
Freitag: **Zum letzten Male: Aida.**
Sonnabend: **Vogelhändler.**

Während meines Ausverkaufs wegen Vergrösserung der Geschäftsräume

zur Konfirmation
bedeutende Preisermäßigung
auf
Gesangbücher,
Konfirmationsbilder
und alle übrigen Geschenkartikel
sowie
Konfirmationskarten
teils für die Hälfte.
Auf alle Artikel außerdem
Rote Lubeca-Rabatt-Marken.

Georg Hohenschild
Sandstraße 19.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 66. Dienstag, den 19. März 1907. 14. Jahrg.

„Es gibt keine deutschen Courrieres.“

Aus dem Saarrevier wird uns geschrieben:

Trotzdem nach amtlichen Versicherungen in Deutschland ein Courrieres nicht möglich sein sollte, häufen sich im Saarrevier die Grubenkatastrophen in erschreckendem Maße. Auf Reden folgten in kurzen Intervallen Katastrophen in Dudweiler, Kohlwald und jetzt auf Mathildenschacht und Kleinrosseln. Zwei furchtbare Katastrophen in einer Nacht und gleichsam eine blutige Illustration zu dem geldsackfreundlichen Bekenntnis des preußischen Handelsministers Delbrück, der keinen Arbeiterschutz einführen mag, der den Widerspruch der Kohlenbarone findet, womit die Bergleute Preußens und ganz Deutschlands an ihrem Leben und ihrer Gesundheit für vogelfrei erklärt sind.

Auf dem Mathildenschacht der Grube „Gerhard“, die dem preußischen Bergfiskus gehört, erlitten in der Nacht von Freitag auf Sonnabend 22 brave königl. preußische Schatzgräber den Tod durch Bruch des Förderseils; die Förderschale stürzte mit der Mannschaft in die Tiefe und diese erlitten in dem 20 Meter tiefen, voll Wasser stehenden Schachtsumpf elendiglich den Erstickungstod, wenn sie nicht schon durch den Sturz getötet waren. Eine sofortige Bergung war nicht möglich, da der Schacht erst durch Handpumpen leer gepumpt werden muß. Der Seilbruch hat bereits schon eine amtliche „Aufklärung“ erhalten, aus der die Öffentlichkeit ebensowenig klug wird, wie aus der amtlichen Aufklärung der Ursachen der Redenkatastrophe. Das Seil, ein flaches Gußstahldrahtseil, soll danach erst noch vor wenigen Wochen Zerreiß- und Biegeproben mit befriedigenden Erfolg“ unterzogen worden sein und trotz des „befriedigenden Erfolges“ sind die einzelnen Drähte des Seiles an der Bruchstelle zu Nadelspitzen fein ausgezogen. Mag aus einer solchen amtlichen „Aufklärung“ klug werden, wer kann und will, wir kennen uns da nicht aus. In sechs Wochen reißen bei einem mit „befriedigenden Erfolg“ geprüften Gußstahldrahtseil, das unseres Wissens 200 Zentner Tragkraft haben muß, die Drähte nicht nadelspitzenfein, wenn der Förderkorb mit 22 abgehärmten Bergmannsgerippen beschwert ist. Und nachdem vor 14 Tagen erst auf Grube Dudweiler eine Förderschale mit zwölf Mann in den Sumpf stürzte, wobei einige Bergleute ihr Leben lassen müßten, ist es sehr verwunderlich, daß auf dem Mathildenschacht ein 20 Meter tiefer Schachtsumpf offen steht, ohne daß Vorkehrungen getroffen wurden, den Sumpf zu leeren oder abzusperren. Da ist die amtliche „Afklärung“ sehr dürftig und die Öffentlichkeit tut gut, diese in den Papierkorb zu werfen und sich ihre eigenen Gedanken zu der Sache zu machen. Nicht „Aufklärung“, nein Rechenschaft hat die fiskalische Bergverwaltung zu geben. Freilich, diese wird ihr leicht gemacht; ihre Richter sind ja die Gesetzgeber von Geldsacksgnaden, gegen deren Willen Minister Delbrück keinen Bergarbeiterschutz einführen mag, weil beide Teile billiger dabei fahren.

Die zweite noch furchtbarere Gruben-Katastrophe derselben Nacht spielte sich auf dem „Vuillemin“schacht der Grube Rosseln ab, die knapp 1½ Stunden von dem erstgenannten Unglücksschacht entfernt liegt und dem lothringischen Kohlenkrösus de Wendel gehört, demselben, der mit dem vervielfältigten päpstlichen Segen den Wahlkreis Diedenhofen gegen das Zentrum eroberte. 80 Menschenleben verschlang eine Schlagwetterexplosion, wovon bis Sonnabend abend 68 Tote und 12 Schwerverletzte geborgen waren. Ein Steiger und drei bis vier Mann befinden sich noch in der Grube, ihr Schicksal ist besiegelt; sie sind von Felsmassen überschüttet. Von den Schwerverletzten dürfte kein einziger davon kommen; sie sind fürchterlich verbrannt und teils halb zerschmettert. Die Gesamtzahl der dahingerafften Menschenleben wird demnach zirka 85 betragen. Von den auf derselben Sohle beschäftigten Knappen konnten sich nur wenige retten. Die übrige Belegschaft, zirka 130 Mann, konnte sich in Sicherheit bringen. Von den Toten konnten viele nicht mit Sicherheit identifiziert werden, da sie furchtbar zugerichtet sind. Einzelne sind nur noch rohe Fleischklumpen. Die Katastrophe ereignete sich abends 10 Uhr, also mitten in der Schicht, sodaß man nicht, wie in Reden, die Schuld auf die toten Vorfahrer abwälzen kann. Die Belegschaft der Frühschicht, die um 1 Uhr nachts anfahren sollte, ist um ein mehrfaches stärker, so daß die Zahl der Opfer eventuell sich grauenhaft steigern konnte, wenn die Schlagwetter einige Stunden später explodierten. Über die Ursache der Katastrophe, die um so wuchtiger auf die Gemüter wirkt, als sie einen der mächtigsten Ringe in der saarabisch-lothringischen Unglückskette bildet, läßt sich noch kein klares Bild gewinnen, da aus den Bergleuten wenig heraus zu bringen ist, was sich aus ihrem Abhängigkeitsgefühl und ihrer Furcht vor Maßregelung erklärt. Wetterführung und Berieselung „sollen“ in leidlich gutem Zustande gewesen sein; geschossen wird in der Nachtschicht auch nicht, so daß man zunächst fast ohne Schlüssel ist, um das furchtbare Rätsel zu entziffern. Ein in der Abteilung beschäftigter Bergmann versicherte uns aber, daß eine Reihe Pfeiler unversackt offen stand, und daß sich da im „alten Mann“ die Wetter ungehindert ansammeln konnten. Nimmt man an, daß durch einen Bruch die Wetter aus dem „alten Mann“ in die Strecken und Querschläge getrieben wurden, so ist das weitere leicht erklärlich. Die Grube „Rosseln“ hat die mächtigsten Kohlenflötze im ganzen Saarrevier, die Produktion ist pro Kopf der Belegschaft höher, als in irgend einem andern Revier, und trotz dieser äußerst günstigen Abbauverhältnisse wird fast nirgend hastiger geschuftet, wie hier. Alte Bergleute erzählen uns, daß vor 20 Jahren, als über 3,50 Mark Lohn nicht ausbezahlt wurden, das Gedinge (Akkordsatz) pro Meter 25 Mark betrug, während heute, wo der Minimallohn der Hauer 5,50 Mark betrage, für dieselbe Arbeit nur 24 Mark bezahlt werde. Das will heißen, daß sich innerhalb 20 Jahren die Ausbeutung, die Antreiberei, die Arbeitsleistung der Knappen nahezu verdoppelt hat. Wer will sich da über Katastrophen vom Umfange der Geschilderten verwundern? Der Bergmann hat nicht mehr die Zeit, über sein Leben und seine Gesundheit zu wachen. Einen Zola brauchte Saarabien; der Stoff zu einem neuen „Germinal“ ist haushoch aufgeschichtet.

Die „Wohltat“ setzt auch schon ein; damit werden ja im Saarrevier die erhitzten Gemüter besänftigt. Der päpstlich gesegnete Kohlenbaron de Wendel, der übrigens Kirchenpatron halb Lothringens ist, und die „Diener Gottes“, wenn sie sich nicht als seine Untergebenen fühlen, aus seinen Krankenhäusern hinauswerfen läßt, spendete den Hinterbliebenen der Opfer seines Kohlenschlundes 100 000 Mark, das heißt fast ebensoviel als ihn sein neues Reichstagsmandat kostet. 100 000 Mk., ein schönes Wort und gewiß tausendmal besser angelegt als für Kirchenbauten, womit der alte de Wendel fast die ganze Klerisei Lothringens zu seinem Fußschemel machte, von dem aus er „seine“ Arbeiter regierte, zur höheren Ehre seines Geldsacks. Aber trotz dieser geldfürstlichen Wohltat, die vielleicht den hundertsten Teil des de Wendelschen Jahreseinkommens ausmacht, sind wir der Überzeugung, daß die de Wendelsche Knappen etwas anderes noch höher veranschlagen: Die Koalitionsfreiheit, der de Wendel Krieg geschworen hat, und mehr Bergarbeiterschutz, der in Lothringen noch kärglicher bemessen ist, als selbst auf den eigentlichen saarabischen Musteranstalten.

Die Lehren der beiden Katastrophen für die Bergarbeiter liegen auf der Hand. Das preußische Dreiklassenhaus und nicht minder das reichsländische Honoratiorenparlament ist unfähig, einen wirksamen Bergarbeiterschutz sicher zu stellen. Dafür ist der preußische Handelsminister ein klassischer Zeuge. Die Schreckensreihe der saarabisch-lothringischen Grubenkatastrophen bilden ein wuchtiges Argument für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Forderungen, die alle einsichtigen Bergleute sich zu eigen machen; Her mit einem Reichsberggesetz, das allein nur den Bergleuten einen wirksamen Bergarbeiterschutz garantiert, weil das allgemeine Wahlrecht auch den Bergsklaven gestattet, in ihrer ureigensten Sache ein Wörtchen mitzureden.

Wie stark ist eine deutsche Familie?

Natürlich ist mit dieser Frage die Kopfzahl im Durchschnitt gemeint. Die richtige Beantwortung der Frage ist volkswirtschaftlich sehr wichtig, da die Zunahme oder Abnahme dieser Durchschnittsziffer die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes ebenso sehr beeinflußt wie kennzeichnet.

In dem Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches 1907 I sind als weitere Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 Nachweise über die Zahl und Art der Haushaltungen veröffentlicht. Es sind ermittelt:

965 759 Haushaltungen Einzellebender,
12 247 691 Familienhaushaltungen mit 57 811 495 Personen,
61 081 Anstalten mit 1 864 024 Personen.

Unter den „Anstalten“ ist die Gesamtheit solcher Personen zu verstehen, die freiwillig oder gezwungen unter besonderer Oberleitung in Kost und Wohnung sind.

Die Familienhaushaltungen nehmen mit 92,3 Prozent sämtlicher Haushaltungen die erste Stelle ein, ebenso auch hinsichtlich ihrer Personenzahl mit 95,3 Prozent der Bevölkerung! Auf je eine Familie Haushaltung kamen

4,7 Personen,

auf je eine Anstalt 30,5 Personen. Die Zahl der Anstalten ist gegen 1900 erheblich zurückgegangen, doch beruht dies zum nicht geringen Teil auf veränderter Erhebungsweise.

Der Kunstreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(48. Fortsetzung.)

Wolf hatte den Brief wieder und wieder gelesen. Er war aufgestanden und ging mit raschen Schritten in seinem Zimmer auf und ab.

„Er darf nicht fort!“ flüsterte er dabei, „nicht nach Amerika! Es ist das letzte Herz, das hier noch mir gehört — wir gehen zusammen fort von hier — nach Ungarn. Brennt doch der Boden auch mir unter den Füßen. Gott sei Dank, daß er kommt — besprochen ist so etwas besser, als geschrieben, und er wird — er könnte nicht von mir gehen — wüßte er nur den tausendsten Teil von dem, was ich um ihn hier leide,“ setzte er mit leiser, kaum hörbarer Stimme hinzu.

Mit dem Entschlusse, seine Stellung hier aufzugeben und die Stadt selber, die so viele trübe Erinnerungen für ihn barg, zu verlassen, kam auch plötzlich Ruhe über ihn. Er ordnete seine Papiere und ließ sich dann bei dem Fürsten melden. Der Fürst war aber auf die Jagd gefahren und wurde erst am nächsten Abend zurückerwartet. Die Lakaien schlenderten müßig im Schlosse herum und zählten vor lauter Langerweile die Fensterscheiben.

Karl, der Bursche des Rittmeisters, hatte indessen mehr Beschäftigung, denn ihm war der Auftrag geworden, zwei Zimmer für Gäste herzurichten, mit allem Nötigen zu versehen und ordentlich durchwärmen zu lassen, da der Besuch jeden Augenblick eintreffen konnte.

An dem Abend war Soiree bei Herrn v. Zühbig und Graf Geyerstein ebenfalls eingeladen worden — der sich aber entschuldigen ließ. Gegen Abend, als er durch die Stadt ging, traf er den Baron zufällig auf der Straße.

„Aber lieber, bester Freund,“ schoß dieser auf ihn zu, „zu meinem unendlichen Leidwesen höre ich eben, daß Sie uns heut abend Ihre unschätzbare Gegenwart grausamer Weise entziehen wollen. Meine Frau ist ganz untröstlich darüber.

„Das bedaure ich in der Tat,“ sagte der Rittmeister kalt, „unaufschiebbare Geschäfte verhindern mich indes, da ich in nächster Zeit wieder länger abwesend sein werde.“

„Sie wollen wieder auf Urlaub gehen?“ fragte Herr v. Zühbig rasch, und innerhalb frohlockte er dabei über die frisch aufgefangene Neuigkeit.

„Ja,“ erwiderte der Rittmeister, der den Grund nicht ahnte, weshalb sich der Baron in solcher Weise dafür interessierte.

„Auf Ihre Güter?“

„Wahrscheinlich — apropos, haben Sie lange nichts von Ihrem Freunde Baron Hugo v. Silberglanz gehört?“

„Von meinem Freunde?“ sagte Herr v. Zühbig, dem dieses Epitheton in Verbindung mit sich und im Munde des stolzen Grafen eben nicht angenehm war, „ich weiß gerade nicht, daß Baron Silberglanz zu meinen speziellen Freunden gehörte. Er ist ein seelensguter Mensch und einmal in die Gesellschaft eingeführt, so daß man ihn nicht gut umgehen kann, aber . . .“

„Wenn Sie ihn wiedersehen sollten, und ich wäre vielleicht nicht hier,“ sagte der Graf, „bitte, so grüßen Sie ihn doch von mir.“

„Von Ihnen?“

„Ja, er wird schon wissen, was es zu bedeuten hat.“

„Zu bedeuten hat?“ wiederholte der Baron immer erstaunter, „ich gebe Ihnen mein Wort . . .“

„Ihr Wort?“ fragte der Graf, ohne ihn ausreden zu lassen, „geben Sie das nicht auch manchmal leichtsinnig, Herr Intendant?“

„Ich will nicht hoffen,“ sagte Baron v. Zühbig rasch, aber doch mit einem etwas unbehaglichen Gefühl, das ihm sein Gewissen in diesem Augenblick aufdrängte. — „Haben Sie — haben Sie etwas mit Silberglanz gehabt?“

„Ich? — nicht das mindeste — ich kenne den Baron gar nicht,“ sagte Graf Geyerstein gleichgültig. „Der Baron hat, wie ich erfahren, ein kleines Abenteuer gehabt, das er Ihnen aber wohl leider nicht ausführlich erzählen wird.“

„In der Tat? Sie machen mich unendlich neugierig!“ rief Baron Zühbig gespannt. „Sie würden mich sehr verpflichten, wenn Sie dann die Gnade haben wollten . . .“

„Tut mir leid, Herr Baron, nicht imstande zu sein, Ihnen darin zu willfahren; ich bin auch nur oberflächlich davon unterrichtet. Vielleicht kann Ihnen Ihr Orakel darüber Auskunft geben.“

„Mein Orakel, hahaha! Herr Graf, Sie sprechen heute wirklich in lauter Rätseln. Wen verstehen Sie unter meinem Orakel?“

„Fräulein Franziska v. Zahbern.“

„Hahahaha!“ lachte Baron v. Zühbig, aber das Lachen kam nicht recht aus seinem Herzen, denn er fühlte, daß Graf Geyerstein mehr wußte, als er eigentlich sollte — ja, was noch schlimmer in diesem Augenblicke war, mehr als er selbst. — „Sie sind göttlich, Graf, aber — furchtbar boshaft, daß Sie die arme Zahbern zu einem Orakel machen wollen. Kommen Sie — beichten Sie — wir gehen dort in den Keller hinunter und trinken eine Flasche Wein“ — und damit faßte er den Grafen unter den Arm, ihn mit sich fortzuziehen; „die Geschichte von Silberglanz dürfen Sie mir garnicht vorenthalten. Sie haben mich damit auf die Folter gespannt“

„Es ist grausam, Sie darauf liegen zu lassen, Herr Baron,“ sagte der Graf ruhig, „aber ich werde dazu gezwungen sein. Den ausführlichen Bericht kann Ihnen jedenfalls Herr Hugo v. Silberglanz selber geben, und Sie müssen sich auf den vertrösten. Ich bitte, daß Sie mit entschuldigen — ich habe Eile.“

„Sie wollen in der Tat nicht einen Augenblick mit mit . . .“

„In der Tat nicht — guten Abend, Herr Baron,“ und der Graf neigte sich leicht, während er sich von Herrn v. Zühbig abdrehte und die Straße hinunterschritt. Herr v. Zühbig blieb in einer höchst unbehaglichen Stimmung zurück.

Graf Geyerstein suchte indessen den Kriegsminister v. Ralphen auf, um diesem sein Anliegen vorzutragen; Se. Exzellenz mußte aber gerade in eine Session und ließ den Grafen bitten, morgen früh punkt zwölf Uhr wieder zu ihm zu kommen, da er ihm überdies etwas mitzuteilen habe.

So ließ sich denn für heute nichts weiter tun, und der Graf verbrachte den Abend damit, seine Briefschaften zu ordnen, alte Korrespondenzen zu verbrennen, wichtige zu siegeln und einige notwendige Briefe außerdem zu schreiben. Am nächsten Morgen war er wieder früh auf und setzte seinen Burschen Karl in nicht geringes Erstaunen, als er ihm befahl, seine Koffer herbeizuholen und sämtliche Kleidungsstücke zu reinigen, sowie zum Packen bereit zu halten. Karl schüttelte heimlich mit dem Kopfe, denn das paßte nicht zu dem erwarteten Besuche. Er war aber ein zu guter Diener, weiter zu fragen, und ging an seine Arbeit.

„Um welche Zeit kommt der erste Zug?“ rief ihm der Graf nach.

„Woher, Ew. Gnaden?“

„Von Berlin.“

Die Mitglieder der Familienhaushaltungen setzen sich zusammen aus 50 654 994 Familienangehörigen, 1 305 915 Dienstboten und 5 850 586 anderen Personen, wie Aftermieter, Pensionäre usw. In den 41 Großstädten wurden zusammen 200 198 Einzelhaushaltungen, 2 491 174 Familienhaushaltungen mit 10 858 333 Personen und 9409 Anstalten mit 450 473 Personen gezählt. Auf je eine Familienhaushaltung entfallen in den Großstädten 4,4 Personen, im Reich dagegen, wie bereits angegeben, 4,7 Personen und auf je eine Anstalt in den Großstädten 47,9 Personen, im Reich dagegen 30,5 Personen.

Wir möchten dazu bemerken, daß in wirtschaftlich günstigen Zeiten sowohl die Zahl der Familienhaushaltungen als auch die Durchschnittsziffer der Familienkopfstärke wächst. Im allgemeinen freilich läßt auch der Kinderreichtum in Deutschland ein wenig nach. Doch sind wir weit davon entfernt, in dieser Beziehung die Wege Frankreichs zu gehen, das mit seiner niedrigen Geburtenziffer in Europa einzig dasteht.

Soziales und Parteileben.

Wie man uns behandelt. Die Magdeburger „Volksstimme" schreibt: „Aus dem Gefängnis entlassen wurden am Sonnabendabend und am Montagmittag die Genossen Holzapfel und Haupt, die wegen des Rotesonntags-Flugblattes sechs Wochen lang sich „bessern" mußten. Der dritte der Sünder, Genosse Bethge, der ebenfalls zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde, wird am kommenden Sonnabend den gastfreien Ort wieder verlassen. Dem Genossen Holzapfel war von der Oberstaatsanwaltschaft in Naumburg die Selbstbeschäftigung verweigert worden. Der Justizminister, an den sich Genosse Holzapfel beschwerdeführend wandte, hat diesem dann das Selbstverständliche zugestanden, so daß er während der letzten Woche seiner Haft davon glücklich noch Gebrauch machen konnte. Aber nur gegen Vorausbezahlung von drei Mark täglich an die Gefängniskassel" Die „Tribüne" zu Erfurt bemerkt dazu: „Der Oberstaatsanwalt in Naumburg, ein v. Prittwitz und Gaffron, ist wegen seiner Verweigerung der Selbstbeschäftigung an sozialdemokratische Redakteure sehr bekannt. Er hat sowohl seinerzeit dem Genossen Hennig als auch jetzt wieder dem Genossen v. Lojewski die Selbstbeschäftigung verweigert. Hennig hat während acht Monaten Körbe geflochten. Lojewski macht während elf Monaten Buchbinderarbeiten. Reiche Bankrotteure und Millionendiebe erlangen oft leichter Selbstbeschäftigung als Leute, die den Mut haben, öffentlich die Wahrheit zu sagen."

Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich. Bekanntlich wird der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie dieses Jahr in Essen stattfinden. Unsere dortige Parteiorganisation wandte sich auch an den Oberbürgermeister der Stadt Essen um Überlassung des städtischen Saalbaues oder des Nordparksaales zur Abhaltung dieses Parteitages. Prompt ging die Antwort ein:

Essen, 13. März 1907.

An den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, Essen.
z. H. des Herrn Rud. Rühler, Essen-Ruhr, Kirchstr. 20.

Der Antrag vom 10. Januar dieses Jahres, für die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie städtische Lokalitäten zu überlassen, muß abgelehnt werden, da nach gesetzlichen Bestimmungen die Ueberlassung unzulässig ist.

J. V.: Der Beigeordnete: Sellbach.

Von dem neuen Oberbürgermeister von Essen erzählte die Fama, daß er bei einem der letzten Kaiserbesuche auf Villa Hügel auf dem Bahnhofe Hügel hinter einem Busche gewartet habe und auf einen Wink der Frau Krupp hervorgekommen sei, um Wilhelm II. seine Referenz zu machen. Die Authentizität dieser Episode wurde zwar bestritten, aber gerade die Erfindung der Geschichte beweist, was die Essener ihrem Bürgermeister zutrauen. Unter diesen Umständen war auch kaum anzunehmen, daß das rote Parlament von Essen in einem städtischen Lokale tagen werde. Neu und originell ist für die Essener Parteigenossen nur, daß der schöne Satz der preußischen Verfassung: „Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich" von der Stadt Essen durch „gesetzliche Bestimmungen" abgelöst wird. Und weil die städtische Verwaltung von Essen diese „gesetzlichen Bestimmungen" gefunden hat, so sei ihr auch verziehen, daß sie uns über zwei Monate auf Antwort warten ließ. Der Antrag wurde am 10. Januar d. J. gestellt. Trösten wir uns also wenigstens damit, daß man nach den gesetzlichen Bestimmungen, die Sozialdemokraten zu Bürgern zweiter Klasse machen, zwei Monate hat suchen müssen.

Seines Amtes enthoben. Der „Mügelner Anzeiger" schreibt: „Wie wir vernehmen, hat die königliche Amtshauptmannschaft Oschatz den Gemeindeältesten von Oetzschwegen seiner Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Volksverein für den 11. Reichstagswahlkreis von seinem Amte enthoben."— Trotzdem nennt sich Sachsen einen „Rechtsstaat", in dem alle Bürger verfassungsmäßig gleiche Rechte haben. Diese Gleichheit bezieht sich indessen nur auf die Lasten, wovon man den Arbeitern sogar das mehr gibt, was man ihnen an positiven Rechten vorenthält.

Aussperrung. Weil 200 Weber der Gladbacher Wollindustrie ihre Kündigung nicht zurücknehmen wollen, sind vom Verein der Textilindustrie in München-Gladbach über 10 000 Arbeiter ausgesperrt worden. Zweifellos werden manchem Arbeiter durch diese brutale Aussperrung die Augen geöffnet werden.

Das waren nicht wir, sondern die andern! Um für die liberale Sache Propaganda zu machen, bezeichneten im Dezember der Schuhmachermeister Gottfried Fleischmann und der Bäckermeister Friedrich Fleischmann in Pappenheim, zwei liberale Stadtgrößen, sämtliche Sozialdemokraten als „Lumpen" und den öffentlich tätigen Genossen Hoffmann als „Oberlumpen". Als sich der anwesende Genosse Leiritz dies verbat, wurde er in der rohesten Weise mißhandelt und ihm das Gesicht derart zugerichtet, daß es unkenntlich war. Leiritz stand längere Zeit in ärztlicher Behandlung. Das Schöffengericht Pappenheim hielt diese Gewalttaten mit 7 Tagen Gefängnis für Gottfried Fleischmann und 5 Mark Geldstrafe für Friedrich Fleischmann für ausreichend gesühnt. — Von solchen Gerichtsverhandlungen nimmt aber trotz der milden Urteile die liberale Presse natürlich nicht Notiz. Und so ist es kein Wunder, wenn der brave Spießbürger glaubt, nur Arbeiter können sich einmal Ausschreitungen zu schulden kommen lassen.

Zu Wasser und Brot verurteilt wurden am Dienstag vom Kriminalgericht in Kopenhagen 13 Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes Dänemarks und zwar der Vorsitzende des Verbandes, Mikkel Kristensen, zu sechsmal fünf Tagen, die übrigen jeder zu zweimal fünf Tagen. Ihr „Verbrechen" war, daß sie eine Extranummer ihres Verbandsorgans „Ny Tyd", das antimilitaristische Artikel enthielt, unter Soldaten verbreitet hatten. In den Artikeln wurden die Soldaten unter Hinweis auf die Ereignisse in Rußland ermahnt, wenn sie in eine ähnliche Lage wie das russische Militär kommen sollten, nicht auf ihre Klassengenossen zu schießen. „Gedenke daran", so schloß ein Artikel, „daß, wenn einmal „Feuer" kommandiert wird, nicht der Kommandant, sondern Du derjenige bist, der bestimmt, in welcher Richtung die Kugel abgeschossen wird!" Das harte Urteil, das auf Grund des militärischen in Verbindung mit dem bürgerlichen Strafgesetzbuch gefällt wurde, hat in weiten Kreisen Entrüstung hervorgerufen und kann natürlich keineswegs dazu dienen, die antimilitaristische Agitation zu ersticken.

Was dem deutschen Volke jetzt bevorsteht.

Während des Wahlkampfes ist den gläubigen Wählern von den bürgerlichen Rednern in grellen Farben geschildert worden, was dem Volke bevorstehe, wenn die Sozialdemokratie die Herrschaft im Staatswesen erlange. Wir wollen nun zusammenfassend klarlegen, was das deutsche Volk von der jetzigen „nationalen Mehrheit" des Reichstages, soweit es sich um Militär- und Flottenfragen handelt, zu erwarten hat. Die Zeit wird uns lehren, daß wir recht behalten haben.

Da wird z. B. im Jahre 1908 eine große Heeresvorlage auf der Bildfläche erscheinen. Die Dinge liegen nämlich wie folgt. Ein militärisches Prinzip sagt, daß die Präsenzstärke der Armee ungefähr 1 Prozent der Bevölkerung betragen soll. Damit ist auch die Regierung sehr einverstanden, denn sie glaubt, daß die militärische Erziehung der Sozialdemokratie entgegenwirke, und außerdem besitzt die hohe Obrigkeit in der aktiven Armee eine riesige, bis an die Zähne bewaffnete Polizeitruppe. Nun sind, wie man männiglich weiß, die deutschen Frauen im Kinderkriegen außerordentlich fleißig, sodaß die deutsche Bevölkerungsziffer relativ rapid steigt. Damit aber Bevölkerungsziffer und Präsenzstärke der Armee im Einklang bleiben, wird dem deutschen Volke alle fünf Jahre eine neue Militärvorlage beschert. Selbstverständlich kann der preußische Kriegsminister im Reichstag nicht sagen: „Meine Herren, die deutschen Mamas haben auch in den letzten fünf Jahren so eifrig gearbeitet, daß wir die aktive deutsche Armee um so und so viel tausend Mann erhöhen müssen", sondern hier müssen militärisch-fachmännische Gründe vorgebracht werden. Es muß so getan werden, als ob die Armee in bezug auf Zahl und Bewaffnung allmählich hinter den Forderungen der Zeit zurückgeblieben sei und gerade die französische Armee, trotzdem die französischen Mamas im Kinderkriegen eine geradezu unverschämte Faulheit entwickeln, einen bedenklichen Vorsprung habe.

Der militärische Grundsatz, daß die Präsenzstärke der Armee ungefähr 1 Prozent der Bevölkerungsziffer zu betragen habe, wird je nach der politischen „Konjunktur", d. h. je nach dem Ausfall der Wahlen mehr oder weniger streng angewendet. Sind die Wahlen für die Regierung ungünstig ausgefallen, so gibt es gewöhnlich Militärvorlagen von geringerer Sorte. Haben die Wahlen aber eine Mehrheit im „nationalen" Sinne gebracht, dann kommt eine gepfefferte Heeresvorlage.

Der neue Reichstag zeigt für die Regierung gewiß eine vorzügliche politische Konjunktur und daher wird die in zwei Jahren in Aussicht stehende Militärvorlage von schwerem Charakter sein. Wir erinnern daran, wie lebhaft sehr maßgebende Kreise eine Kavallerievermehrung großen Stils wünschen. Anläßlich der letzten Militärvorlage erklärten deutsche Militärschriftsteller sogar, daß die deutsche Reiterei eigentlich um 36 Regimenter verstärkt werden müsse. Freilich gaben sie zu, daß eine solche Vermehrung auf einmal selbst für das deutsche Volk, obwohl es der geduldigste Zahlautomat der Welt ist, ein zu starker Tabak wäre. Aber mögen in der nächsten Militärvorlage auch keine 36 Kavallerie-Regimenter gefordert werden, so wird die Portion dennoch nicht klein ausfallen.

Auch bei der Infanterie wird der Generalstab „Reformen" als notwendig erachten. Das II. sächsische Armeekorps ist den Herrn wahrscheinlich zu schwach, ebenso das III. bayerische. In Preußen sind einige Armeekorps 3 Divisionen stark, während die Normalzahl zwei beträgt. Vielleicht beliebt man eine oder auch zwei dieser dritten Divisionen von ihren bisherigen Korps abzutrennen und vom Reichstag für Preußen eine solche Erhöhung der Präsenzziffer zu fordern, daß aus jeder der abgetrennten Divisionen ein neues Korps gemacht werden kann.

Dadurch würde ganz von selbst auch eine Vermehrung der Feldartillerie, der Pioniere und des Trains nötig werden.

Die günstige politische Konjunktur wird die Militärverwaltung auch zu großen Forderungen für neue Waffen anreizen. Von der Einführung eines neuen Infanteriegewehres wurde schon vor den Wahlen gesprochen. Vielleicht werden auch neue Geschütze verlangt. Was für Pläne sonst noch existieren, wissen die Götter. Wenn das Volk die Gespräche, die jetzt im Generalstab und in den deutschen Kriegsministerien geführt werden, hören könnte, wenn es ihm möglich wäre, die Korrespondenzen, die zwischen diesen Stellen gewechselt werden, zu lesen, dann würde es einsehen, welch' fabelhafte Dummheiten es am 25. Januar und 5. Februar 1907 gemacht hat.

Der neue Reichstag schwellt aber nicht nur den Busen des preußischen Kriegsministers hoffnungsfroh, sondern läßt auch das Herz des Herrn v. Tirpitz höher schlagen. Die große russisch-japanische Seeschlacht, in der die russische Marine so furchtbar unterlag, hat bekanntlich in den

---

„Ah so — der wird jetzt herein sein, oder doch gleich kommen. Da unten hör' ich schon die Droschken — er muß schon da sein."

„Es ist gut. — Wolf trat ans Fenster, und Karl ging hinaus, seine Aufträge auszuführen.

Eine lange Reihe Droschken kam die Straße daher, die eingetroffenen Fremden in die verschiedenen Hotels zu fahren. — Eine davon lenkte nach seiner Tür zu und hielt. Ein Mann in einem grünen Rocke saß neben dem Kutscher auf dem Bocke — er sah herauf — es war der alte Forstwart Barthold von Schildheim, und Wolf flog nach der Tür, den Bruder zu begrüßen.

„Karl! Karl!"

„Gnädiger Herr!"

„Hinunter — die Gäste sind da — schnell das Gepäck herauf!"

Rasche Schritte nahten von der Stiege her, Wolf trat in sein Zimmer zurück, um in der ersten Begrüßung nicht von Fremden gestört zu werden, und wenige Minuten später lagen sich die Brüder in den Armen.

„Gott grüß' Dich, Georg — Gott grüß' Dich tausendmal, und herzlich willkommen hier bei mir! Wo sind die Kinder?"

„Mein guter, guter Wolf! — sie kommen nach; der alte Barthold bringt sie mit ihrer Erzieherin die Treppe herauf."

„Den Alten hast Du von Schildheim entführt?"

„Ja — nur bis hierher. Ich mußte jemanden des Pferdes wegen bei mir haben, und er weiß mit Pferden besser umzugehen, als ich ihm zugetraut. Du hast wohl jemanden, um den Kappen vom Bahnhof abholen zu lassen?"

„Gewiß! Nun mache es Dir bequem und ruhe Dich aus! Wir haben viel, sehr viel mit einander zu besprechen. — Karl — wo steckt der Bursche wieder? Karl, daß die Kinder mit der jungen Dame gleich ihr Zimmer bekommen — es ist alles in Ordnung, Georg; ich habe auch eine Frau, eine ganz tüchtige Person, besorgt, damit die Kleinen für die Zeit ihres Aufenthaltes hier ordentliche Verpflegung haben. — Ein Junggeselle ist sonst nicht darauf eingerichtet."

„Wir wollen Dir nicht lange zur Last fallen."

„Davon später — und nun erst her zu mir", sagte er, indem er die Tür schloß, dann auf den Bruder zuging und ihn umarmte und küßte und wieder küßte. — „Du armer, armer Georg, was hast Du ertragen müssen, und doch bei alledem so brav, so wacker Dich gehalten! Jetzt bist Du wieder der Unsere. Du darfst jedem frei ins Auge schauen, und — wir trennen uns auch jetzt nicht mehr."

„Mein braver Wolf!" rief Georg, ihn fest an sich pressend, „Du treues, brüderliches Herz! — über meine Pläne sprechen wir nachher. Doch was fehlt Dir? Du siehst verändert aus, seit ich Dich nicht gesehen."

„Nichts — ein leichtes Unwohlsein. — Und wie geht es Deinem Kinde, Deiner armen, kleinen Josephine — meiner Nichte? Sie wird uns beiden wohl fortan gehören müssen."

„Du willst auch nach Amerika?" rief Georg erstaunt.

„Nein, das nicht", lächelte Wolf, „aber Deine Pläne wirst Du den meinen schon fügen müssen, aus Liebe zu mir. Doch Deinen Kinderraub mußt Du mir ausführlicher, als es durch den Brief geschehen, erzählen. Merkwürdig, daß nichts davon in den Zeitungen stand."

„Das Ganze ging zu rasch," lächelte Georg, „und Royazet wäre der letzte gewesen, es bekannt zu machen. Er mag außer sich genug gewesen sein, daß bei seinem prunkenden Zuge ein anderes Pferd ihn überbieten konnte. Meinen Kappen aber holt keins von seinen Tieren ein. Ich sah, wie Georgine erbleichte, als ich vorüberbrauste — die Falsche — keine Ader meines Herzens schlägt mehr für sie; mag sie dem Leben bleiben, dem sie sich geweiht. Das alles aber erzähle ich Dir ausführlich, wenn wir heut' Abend still und traulich beisammensitzen. Du bist doch nicht beschäftigt?"

„Mit keinem Gedanken, ich gehöre Euch; und nun zu den Kindern, daß wir die begrüßen!" und seines Bruders Arm ergreifend, wollte Wolf eben mit ihm das Zimmer verlassen, als Karl, ein sehr bedenkliches Gesicht ziehend, die Tür öffnete und herein meldete:

„Herr Rittmeister, halten zu Gnaden, eine Dame ist draußen, die nach Ihnen fragt."

„Eine Dame? — nach mir?" rief Wolf erstaunt, des Bruders Arm loslassend, „das ist wohl ein Irrtum."

„Nein; sie fragte nach dem Herrn Rittmeister v. Geyerstein."

„Eine junge Dame?"

Halten zu Gnaden, nein; sie ist schon in den Jahren, sieht aber sehr vornehm aus."

„Und hast Du nicht nach ihrem Namen gefragt?"

„Sie wollte ihn nicht nennen. Ich sollte dem Herrn Rittmeister nur sagen, eine Dame wünsche ihn dringend zu sprechen."

„So geh allein voran, Georg; ich folge Dir gleich nach", sagte Wolf. „Gott weiß, wer es ist! Ich werde keineswegs lange aufgehalten werden. Wir frühstücken dann zusammen."

„Mach', daß Du bald kommst", erwiderte Georg, indem er durch die ihm bezeichnete Tür verschwand. Karl blieb noch einen Augenblick stehen.

„Alle Wetter", dachte er bei sich, „der Herr sieht genau so aus wie der famose Kunstreiter Bertrand, und mein Herr und er duzen sich?"

„Nun, auf was wartest Du?"

„Halten zu Gnaden!" rief Karl erschreckt, „soll ich sie hereinführen?"

Es sieht hier freilich ein wenig wild aus, aber die besseren Zimmer sind besetzt. Wenn sie einen Junggesellen besucht, muß sie fürlieb nehmen, wie sie es findet. Bitte sie, näher zu treten. — Apropos, den Jäger, der mit — dem Herrn gekommen, bringe mir gut unter, und sorge dafür, daß es ihm an nichts fehlt. Wenn alles in Ordnung ist, soll er herauf zu mir kommen; ich will mit ihm sprechen. Noch eins — der Johann muß dann gleich auf den Bahnhof, um ein Pferd dort abzuholen."

„Sehr wohl!"

Karl verschwand durch die Tür, die sich bald darauf wieder öffnete, und eine Dame trat herein und ging auf Wolf zu.

„Gnädige Frau", sagte dieser, „Sie haben gewünscht . . ."

Die Dame stand mitten im Zimmer und sah ihn lächelnd an.

„Heiliger Gott!" fuhr Wolf erschreckt empor. „Mutter — Du?"

„Das war eine Überraschung, nicht wahr?" sagte die alte Dame, indem sie ihre Arme liebkosend um das an sie geschmiegte Haupt des Sohnes legte. „So habe ich es mir ausgedacht und mich lange, lange schon darauf gefreut."

Karl öffnete in diesem Augenblick die Tür ein wenig, denn es war ihm, als ob ihn sein Herr gerufen hätte, schloß sie aber auch augenblicklich wieder, als er die Gruppe bemerkte, und murmelte nur leise vor sich hin: „Sonderbar! sonst ist mein Herr mit allen Leuten, die zu ihm kommen, ganz erschrecklich kalt und kurz angebunden, und heute fällt er allen um den Hals — doch was gehts mich an!"

„Aber was führt Dich jetzt hierher zu uns?" rief Wolf, indem er seine Mutter zum Sofa führte. „Keine Silbe hast Du davon in Deinem letzten Briefe erwähnt."

„Komme ich Dir so ungelegen, mein Kind?"

„Nie glücklicher, wie jetzt", rief Wolf; „so lieb Du mir auch immer bist, aber fröhlicher begrüßt hätte ich nie Deine Ankunft."

„In der Tat?" lächelte die alte Dame, „und was ist heute morgen so besonderes vorgefallen? Apropos, da draußen standen Koffer; ist jemand zu Dir gekommen, oder willst Du verreisen?"

(Fortsetzung folgt.)

Kreisen der Marinefachleute den Glauben hervorgerufen, daß die Schlachtschiffe noch größer sein müssen als bisher, damit sie mit Geschützen der schwersten Sorte armiert werden können. Ob es richtig ist, aus einer einzigen Schlacht, in der auf der einen Seite ebensoviel Tüchtigkeit und Ordnung herrschte wie auf der anderen Unfähigkeit, Feigheit und Schlamperei zu finden war, eine so tief eingreifende Lehre zu ziehen, ist sehr fraglich. Auch muß man bedenken, daß ein Gegenstand umso leichter getroffen werden kann, je größer er ist. Es taucht daher die weitere Frage auf, ob bei Kolossen von der Art des englischen Kriegsschiffes „Dreadnought" die eigene erhöhte Feuerkraft nicht durch den Nachteil, daß das Schiff ein viel besseres Ziel bietet, als die bisherigen Schlachtschiffe, aufgewogen wird. Aber der Bau von Schiffen a la „Dreadnought" ist nun einmal Mode und daher wird die nächste deutsche Marinevorlage dem deutschen Michel ebenfalls eine gepfefferte Rechnung eintragen. Er muß sich darauf gefaßt machen, daß der schon seit Jahren ertönende Ruf der Marinelieferanten und des Flottenvereins, das Flottengesetz von 1899, das für den Ausbau der deutschen Kriegsmarine einen Zeitraum bis 1917 vorsah, möge umgestoßen und durch eine ein rascheres Tempo bestimmende Novelle ersetzt werden, im Reichstag Anklang finden wird.

Nicht minder als für Armee und Marine wird das deutsche Volk für die Kolonien zahlen müssen. Die von der Regierung geforderten 8000 Mann bleiben nunmehr sicher in Südwestafrika. Sie kosten im Jahre ungefähr 70 Millionen Mark. Aus diesen 8000 Mann wird dank der günstigen Konjunktur die Kolonialarmee gebildet werden.

Aus Herrn Dernburgs Programm geht weiter hervor, daß in den Kolonien, vor allem in Südwestafrika große Bahnbauten, Wasserbohrungen usw. geplant sind. Die „günstige Konjunktur" wird dafür sorgen, daß auch diese Projekte in Erfüllung gehen werden. Entweder wird das Reich sie selbst ausführen oder dem Privatkapital überlassen und ihm zugleich einen hübschen Zinsfuß garantieren.

So spricht denn alles dafür, daß das deutsche Volk in den nächsten fünf Jahren eine furchtbare Zeche wird bezahlen müssen. Und am Ende darf es noch froh sein, wenn es beim Zahlen bleibt. Es ist ja zweifellos, daß das Wahlresultat von 1907 den deutschen Chauvinisten gewaltig in den Kopf gestiegen ist und dort immer größeren Unfug anrichtet. Wilhelm II. hat den deutschen Hurraschreiern schon am Abend der Stichwahl das Schlagwort vom „alles Niederreiten" zugeworfen, ein Wort, das natürlich im Ausland nicht unbeachtet geblieben sein kann. Die „Nationalen" werden es ein Dutzendmal wiederholen und es kräftig mit neuen Tiraden verzieren. Um dem deutschen Michel die Militär- und Marinevorlagen schmackhafter zu machen, wird die „nationale" Presse auch noch eifrig gegen Frankreich, vor allem gegen England, hetzen, so daß zuletzt ein Salat herauskommen kann, der dem deutschen Volke etwas Wertvolleres kosten wird als Geld.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote."

Berlin, den 18. März 1907.

21. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky, Frhr. v. Stengel, Dernburg, Krätke.

Die Vorlage über die Berufs- und Betriebszählung wird in dritter Lesung angenommen, nachdem durch die Stimmen des Zentrums und der Rechten die in zweiter Lesung gestrichene Frage nach der Religion gegen den Widerspruch des Regierungsvertreters wiederhergestellt worden ist.

Es folgt die dritte Lesung des Etatsnotgesetzes. Eine Reihe Dispositionen werden debattelos bewilligt. Beim Postetat verlangt Moske (Soz.) Beschleunigung des Erweiterungsbaues des Postamts 1 in Chemnitz und klagt darüber, daß sich das theoretische Wohlwollen der Regierung gegenüber den Beamten bei den untersten Stellen sehr verflüchtige. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Eben hatte man in Chemnitz die wöchentliche Arbeitszeit auf 63 bis 64 Stunden wöchentlich herabgesetzt, als man auch schon die alte Dienstordnung mit ihren 68 bis 70 Stunden Wochendienst wieder einführte. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Da die Beamten keine Aussicht haben auf dem Wege der Beschwerde Abhilfe zu schaffen (Sehr wahr! b. d. Soz.), bringe ich an dieser Stelle ihre Klagen vor und bitte dringend, für Besserung zu sorgen. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär im Reichsschatzamt, Krätke, bittet um Wiederherstellung der von der Kommission gestrichenen Position betr. die Erwerbung eines Grundstückes in der Französischen Straße in Berlin zur Zusammenlegung mehrerer Postämter.

Singer (Soz.): Von der angepriesenen Sparsamkeit in den Ausführungen des Staatssekretärs ist keine Rede. (Sehr richtig! links.) Die Rede bedeutet geradezu Aufmunterung der Grundstücksspekulation. Die Kommission hat ihren Beschluß einstimmig gefaßt. (Hört! Hört!) Die Verlegung der in Frage kommenden Postämter ist geboten und der Platz an sich geeignet, aber der Preis von 1800 Mark pro Quadratmeter ist exorbitant hoch. Ein Schaden erwächst für das Deutsche Reich nicht, wenn dies Grundstück nicht erworben wird. (Heiterkeit.) Bei etwas Hartnäckigkeit müsse man billigere Preise erzielen können. Jedenfalls wollen wir den Grundstücksverkäufern keine Prämie für ihre hohen Forderungen zahlen. Wir bitten das Haus, an dem einstimmig gefaßten Kommissionsbeschluß festzuhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Krätke: Der Vorredner selbst erklärt ja einen Neubau für dringend notwendig. Die jetzigen Räume sind völlig ungenügend und gleich schädlich für Beamte und Publikum. Aber Herrn Singer kann man nichts recht machen. Jetzt haben wir eine verkehrsreiche Straße gewählt, und er schilt doch. Ich bitte dringend um Wiederherstellung der gestrichenen Position. (Bravo! rechts.)

Dr. Arendt (RP.) schließt sich den Ausführungen des Staatssekretärs an. Der Grundstückspreis ist übermäßig hoch, aber wir müssen ihn bezahlen. Wir müssen jetzt eben in den sauren Apfel beißen.

Singer (SD.): Der Preis von 1800 Mk. ist auch nach Berliner Begriffen ganz außerordentlich hoch. (Sehr wahr! links.) Aber die gehörten Reden bedeuten ja geradezu eine Ermunterung der Grundstücksspekulation. (Sehr wahr! links.) Wir halten auch nach den Ausführungen des Staatssekretärs am Kommissionsbeschlusse fest. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Arendt auf Wiederherstellung der Position wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. Der Rest des Etats der Postverwaltung wird bewilligt.

Beim Titel: Außerordentliche einmalige Beihilfen an die niedrigst besoldeten Reichsbeamten beantragt die Kommission in einer Resolution, die Regierung aufzufordern, den Unterbeamten je 100 und den Beamten mit einem Gehalt bis zu 4 200 Mark je 150 Mk. als einmalige außerordentliche Beihilfe zu gewähren.

Die Abgg. Gröber (Z.) und Werner (Antis.) beantragen dem Notgesetz einen § 2a hinzuzufügen, wonach an die Unterbeamten je 100 und an die mittleren Beamten mit einem Gehalt bis zu 3000 Mk. je 150 Mk. als einmalige Beihilfe gezahlt werden soll.

Die Abgg. Wiemer und Gen. (FVp.) beantragen, zu der Kommissionsresolution hinzuzufügen: Soweit durch den Etat für 1907 einzelnen Beamten eine Gehaltsaufbesserung zuteil wird, kommt diese auf die einmalige außerordentliche Beihilfe in Anrechnung.

Speck (Z.): Die Kommissionsresolution rückt die Erfüllung der Beamtenwünsche in nebelhafte Ferne. Resolutionen wird oft keine Folge gegeben. 1897 war die letzte Gehaltsaufbesserung der Beamten, und seitdem sind die Kosten der Lebenshaltung enorm gestiegen. Ausreichende Bezahlung der mittleren und unteren Beamten ist auch eine nationale Aufgabe. Wenn man sagt, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter durch den Reichstag nicht möglich sei, so möchte ich daran erinnern, daß es früher schon geschehen ist. Außerdem handelt es sich hier lediglich um die Erhöhung einer einmaligen außerordentlichen Ausgabe. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Frhr. v. Stengel: Der Bundesrat hat schon oft Reichstagsresolutionen Folge gegeben. Die Annahme des Antrages Gröber würde ein Plus von zwanzig Millionen Mark Ausgaben bedeuten. Gewiß läßt sich die Notlage vieler Beamtenfamilien nicht abstreiten. Das Wohlwollen gegen die Unterbeamten ist überall gleich; nur über Umfang und Weg der Abhilfe herrscht Meinungsverschiedenheit. Die Finanzlage ist absolut unübersichtlich. Trotzdem wollen die verbündeten Regierungen ihre Bedenken gegen eine ausgiebigere Hilfe zurückstellen. (Bravo!) Nicht aber können sie ihre Bedenken gegen den Antrag Gröber zurückstellen. Wir bemühen uns, den Etat zu balanzieren, aber unsere ganze Arbeit ist umsonst, wenn der Reichstag in dieser Weise ungezählte Millionen in den Etat hineinschreibt. (Zuruf bei den Soz.: Ungezählte? Hört! Hört!) Wir wollen aber nicht den Hunger der Beamten mit juristischen und etatsrechtlichen Auseinandersetzungen stillen. (Vielfaches Sehr richtig!) Wir können ihnen nicht durch Konflikte, sondern nur durch Verständigung helfen. Im Namen und Auftrag des Reichskanzlers habe ich zu erklären, daß er für seine Person bereit ist, sich formell und materiell auf den Boden der durch den selbstverständlichen Antrag Wiemer erweiterten Kommissionsresolution zu stellen und bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß alsbald ein Ergänzungsetat vorgelegt wird, durch welchen die Bewilligung der zur Durchführung dieser Resolution nötigen Mittel gefordert wird. (Bravo! rechts und bei den Lib.) Der Reichskanzler ist ferner bereit, die Frage einer Gehaltsaufbesserung der Beamten in Verbindung mit der Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse für das Jahr 1908 zu regeln. (Lebh. Bravo!) Der Reichskanzler hofft aber auch, daß im Jahre 1908 eine befriedigende Lösung der Deckungsfrage erzielt werden möge. (Aha! links und im Zentrum.) Ich bitte daher um Ablehnung des Antrages Gröber und um Annahme der Kommissionsresolution. (Bravo! beim Kartell.)

Beck-Heidelberg (N.): Das Entgegenkommen der Regierung ist die beste Rechtfertigung unseres viel angegriffenen Vorgehens und unserer Resolution. Der Zentrumsantrag ruft in unnützer Weise den alten Streit wieder ins Leben, ob der Reichstag die Regierung zu neuen Ausgaben zwingen kann. Wir aber wollen nicht theoretisch streiten, sondern praktisch helfen. In der Deckungsfrage werden wir der Regierung entgegenkommen. (Lebh. Beif. b. d. N.)

Frhr. v. Richthofen (K.): Auch uns war die Regierungserklärung eine freudige Botschaft. Die Initiative auf diesem Gebiet gebührt der Regierung, wir freuen uns aber, sie dazu gedrängt zu haben. (Bravo! rechts.)

Singer (S.): Die Regierung scheint sich jetzt plötzlich auf den grundsätzlichen Standpunkt stellen zu wollen, daß der Reichstag nicht das Recht hat, erhöhte Summen in den Etat einzusetzen. In der Praxis aber hat sie stets das Recht anerkannt trotz einer einmaligen theoretischen Verwahrung des Grafen Posadowsky. (Sehr wahr! b. d. S.) Das Recht des Bundesrats dem Etat zuzustimmen oder ihn abzulehnen, wird dadurch nicht tangiert. Wir betrachten beide Faktoren der Reichsgesetzgebung als gleichberechtigt. Wird aber dem Reichstag das fundamentale Recht, nicht nur Abstriche zu machen, sondern auch Erhöhungen vorzunehmen oder neue Positionen einzusetzen, genommen, so wird der Reichstag auf die Rolle eines gesetzgebenden Faktors zweiten Ranges herabgesetzt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nicht um doktrinäre Diskussionen und akademische Erörterungen, sondern um eine außerordentlich praktische Frage handelt es sich, und die Frage, ob der Reichstag sein verfassungsmäßiges Recht wahrnehmen oder ob er sich von der Regierung einschüchtern lassen will. Eigentlich sollten alle Parteien ohne Unterschied gegen diese Verkümmerung der Reichstagsrechte Verwahrung einlegen. Wir protestieren unsererseits dagegen, daß man den Reichstag als Körperschaft von Bundesratsgnaden ansieht. (Lebh. Beifall b. d. Soz.) Wir müssen auch dagegen protestieren, daß regierungsseitig das wiederholte Drängen des Reichstags auf Erhöhung der Beamtengehälter als Lockerung der Beamtendisziplin bezeichnet wird. Die Beamtendisziplin ist in Deutschland durch Disziplinarvorschriften schon genügend gesichert. Die Aufrechterhaltung der Disziplin ist Sache der Exekutive, die dringend notwendige Aufbesserung ihrer Bezüge aber Sache der Gesetzgebung. Die Gehaltsaufbesserung ist auch dringend notwendig, um den Beamten ihre Arbeitsfreudigkeit und Arbeitskraft wiederzugeben, die sie brauchen, um ihr Amt auszuüben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Was die Deckungsfrage betrifft, so sind wir stets bereit, einer Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer zwecks Erhöhung der Beamtengehälter unsere Zustimmung zu geben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Regierung mag sich bei ihren agrarischen Freunden bedanken; durch die Agrarzölle ist die Erhöhung der Beamtengehälter nötig geworden, die dem Reich erneute Lasten auferlegt. (Sehr wahr! b. d. Sozialdem.) Wenn Wohlwollen ein Nahrungsmittel wär, würden die Beamten mehr zu essen haben als sie verdauen können. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bisher ist aber die Kunst noch nicht erfunden worden, Wohlwollen in Nahrungsmittel umzusetzen. Hoffentlich kommt das Wohlwollen bei der Gestaltung des Etats zum Ausdruck. (Sehr wahr! b. d. Sozialdem.) Wir haben bereits Anträge auf Verbesserung der unteren und mittleren Beamtengehälter gestellt, als die anderen Parteien noch garnicht daran dachten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der Staatssekretär die an sich erfreuliche Erklärung, die wir eben gehört haben, in der Kommission abgegeben hätte, so wäre die Frage, ob Einsetzung in den Etat oder Kommissionsresolution wahrscheinlich garnicht aufgeworfen worden. Aber in der Kommission hat der Staatssekretär nicht so bestimmt wie heute die Notwendigkeit der Aufbesserung der Gehälter anerkannt. Nachdem er sich aber jetzt rund und nett auf den Boden der Resolution gestellt hat, können wir, glaube ich, den Streit über den Weg der Aufbesserung der Gehälter als erledigt ansehen. Die definitive Einsetzung der Summe in den Etat ist nun nicht mehr notwendig. (Aha! rufe rechts.) Wir werden nunmehr für die Kommissionsresolution stimmen und freuen uns, daß die Minderheit durch rücksichtsloses Vorgehen erreicht hat, was sie erreichen wollte. (Bravo! b. d. Soz.)

Dr. Arendt (Rpt.): Die Erklärung vom Regierungstische hat dem Abg. Singer das Konzept verdorben. (Lachen b. d. Soz.) Wir hoffen, daß nie eine Regierung so zaghaft sein wird, einseitig vom Parlament in den Etat eingesetzte Ausgaben anzuerkennen. Redner feiert alsdann pathetisch die Wirkungen der Zollpolitik. (Bravo rechts.)

Speck (Z.) zieht namens seiner Fraktion angesichts der Erklärung des Staatssekretärs den Antrag Gröber zurück. (Aha! rechts.)

Wiemer (FVpt.) zieht seinen Antrag ebenfalls zurück. (Bravo! rechts.)

Vogt-Hall (WVgg.) rühmt die soziale Gesinnung, die seine Fraktion durch Einbringung des Antrags auf Erhöhung der Beamtengehälter bewiesen hat. (Bravo! rechts.)

Kopsch (FVpt.) freut sich über die Zurückziehung der Anträge. Wir verteidigen auch die Rechte des Reichstages, aber wir wollen nicht ohne Not staatsrechtliche Fragen heraufbeschwören.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. (Allseitiges Bravo.)

Das Etatnotgesetz wird angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr (Kleinere Vorlagen, Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Albrecht (SD.) über die Wahlbeeinflussungen, polnische Interpellation über die Ausweisung von Schülern.)

Schluß 6½ Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Aufgehobenes Todesurteil. Vom Schwurgericht Dortmund ist am 21. Januar der Fabrikarbeiter Adam Kurschuß zum Tode verurteilt worden, weil er am 27. Oktober v. J. den Betriebsführer August Hahne in Hombruch erschossen hat. Auf seine Revision hob am 24. März das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Schwurgericht zurück, weil ein Beweisantrag des Angeklagten mit unzulässiger Begründung abgelehnt worden ist.

Unter dem Verdacht des siebenfachen Giftmordes. Im weiteren Verlauf der Verhandlung gegen die Chausseewärterfrau Feige wendet sich die Beweisaufnahme dem vierten Fall zu, der die Hauptstütze der Anklage bildet und der dazu geführt hat, daß die bereits erwähnten drei Fälle erörtert worden sind. Vors.: Wollen Sie etwas erwidern auf die Anklage? Geben Sie zu, die gestorbene Alwine Brückner vergiftet zu haben? — Angeklagte: Ich habe keine Schuld. Die Frau war mit ihrem Manne in Zwistigkeiten geraten und zog im Herbst 1905 zu mir. Sie zahlte 10 Taler für das Jahr und sagte: Wenn Du mich ordentlich verpflegst, dann sollst Du auch was haben. Nach einem halben Jahre wollte sie ihr Testament machen, und zwar wollte sie mich zum Universalerben einsetzen. Der Präsident hält der Angeklagten dann vor, daß sie nach der Ausgrabung der ersten Leiche große Angst gehabt habe. Sie habe bei der ersten Sektion zu einer andern Frau gesagt, wenn alles gut geht, dann kriegst du was. Die Angeklagte bestreitet das. Präs.: Was haben Sie denn dem ersten Staatsanwalt gesagt auf seine Frage, ob sie der Verstorbenen Gift gegeben hätten. Angekl.: Das weiß ich nicht mehr genau. Präs.: Angeklagte, nun sagen Sie einmal, Sie haben von dem Pulver ganze Jahre hindurch verschiedenen Leuten gegeben. Wo ist denn der Rest? Angeklagte: Ich habe die Schachtel weggeworfen. (Bewegung im Zuschauerraum.) Präs.: Das ist doch sehr merkwürdig. Angekl.: Ja, ich wollte aufräumen und da habe ich die alten Medizinfläschchen und auch die Pillenschachtel weggeworfen. Damit ist die Vernehmung der Angeklagten erledigt. Es wird dann ein Testament verlesen, das die Verstorbene kurz vor ihrem Tode aufgestellt hat. Es heißt darin: „Mein letzter Wille. Von meinem Ehemann, der mit seiner Schwägerin gemeinsam eine Wohnung benutzt, lebe ich getrennt. Ich habe hier bei der Frau Feige liebevolle Pflege gefunden. Ich habe aber nicht mehr lange zu leben und werde meinen letzten Willen hier niederschreiben. Es ist mir ein Bedürfnis, Frau Feige als Universalerbin einzusetzen. Sie soll berechtigt sein, nach meinem Tode mein Vermögen zu nehmen. Alwine Brückner." Dieses Testament ist dann durch das ersetzt worden, das die Verstorbene vor dem Justizrat Ledermann errichtet hat. Es wird sodann der Gemeindeschreiber vernommen. Er bekundet: Die Verstorbene ersuchte mich, ihr zu helfen; sie wolle ein sogenanntes Schubkastentestament machen. Ich solle es aufsetzen und sie wolle es dann abschreiben. Ich fragte sie, warum sie dies machen wolle. Da sagte sie, ihr Ehemann treibe mit seiner Schwägerin Ehebruch, darum wolle sie ihn enterben. Als der Zeuge hörte, daß die Verstorbene schon ein anderes Testament gemacht habe, sagte er, da müßte eine Gerichtskommission oder ein Notar geholt werden. Er holte dann den Justizrat Ledermann, der das Testament dann am 27. März, am Tage vor dem Tode, aufnahm. Der Zeuge kann den Feigeschen Eheleuten ein schlechtes Leumundszeugnis nicht ausstellen. Als nächster Zeuge wird der Justizrat Ledermann vernommen. Er sagt: Ich fand die Frau Brückner im Bett. Sie machte einen müden Eindruck, sah aber körperlich kräftig aus. Krankheitserscheinungen habe ich während der Stunde, wo ich da war, bei der Verstorbenen nicht gesehen. Unter allgemeiner Spannung des Publikums wird dann der Ehemann der Verstorbenen, Schneidermeister Brückner vernommen. Er soll zunächst über seine ehelichen Verhältnisse Auskunft geben. Er antwortet wenig. Auf energisches Vorhalten des Vorsitzenden gibt er dann zu, daß er mit seiner Schwägerin ein Verhältnis habe, aus welchem auch ein jetzt siebenjähriges Kind entsprossen sei. Präs.: Sie haben nach dem Tode ihrer Ehefrau gegen die Feigeschen Eheleute einen Prozeß angestrengt auf Herausgabe des Vermögens ihrer Frau? Sie haben die Klage jetzt zurückgenommen. Hat Ihnen Herr Feige etwa was von dem Geld herausgegeben? Zeuge: Nein, nicht einen Pfennig. Der Zeuge bekundet dann weiter: Etwa 2 Jahre vor dem Tode meiner Frau traf ich einmal Frau Feige und sie fragte mich, wie es mit meiner Frau gehe. Ich sagte, Sie wissen ja, sie hat Kopfschmerzen und ist immer verdrossen. Frau Feige hat mir dann gesagt: Geben Sie ihr doch ein Pülverchen ein, sonst werden Sie sie noch lange nicht los. (Große Bewegung im Zuschauerraum.) Ich lehnte das aber ab. Präs.: Ist das auch wahr? Versündigen Sie sich nicht! Der Zeuge bleibt bei seiner Aussage. Die Angeklagte bestreitet dies. Sie meint: „Wenn sie so etwas gesagt hätte, dann hätte er (der Zeuge) ja gleich Anzeige machen können." Es wird dann das siebenjährige uneheliche Kind des letzten Zeugen herbeigeführt. Das Kind bekundet, daß es am Tage, bevor die Mutter starb (Frau Brückner) bei dieser gewesen und im Auftrage des Brückner gefragt habe, ob Herr Brückner eine

mal zu ihr herunterkommen solle. Die Mutter wollte das aber nicht haben. Auf Befragen erklärt das Mädchen noch, sie wisse nicht, ob sich die verstorbene Frau Brückner am Todestage habe übergeben müssen. Als nächster Zeuge wird alsdann der Lehrer des Kindes vernommen. Er erklärt, daß das Kind ein normal begabtes sei. Zeuge war zugegen, als der Erste Staatsanwalt die Angeklagte verhaftete. Frau Feige wurde blaß und als der Staatsanwalt von dem Arsenik sprach, sagte sie, das müsse das Kind ihr beigebracht haben. (Bewegung im Zuschauerraum.) Der Staatsanwalt sagte aber, diese Behauptung, daß das Kind der Verstorbenen das Gift beigebracht habe, ist fast unglaublich. Der Arzt der Verstorbenen erklärte, letztere sei kränklich gewesen und steckte beim Sprechen die Zunge heraus. Er habe ihr Salzsäure verschrieben. Die Verstorbene sprach dabei auch von einem Testament. Er, der Zeuge, sagte der Angeklagten, daß der Zustand der Verstorbenen sehr bedenklich sei.

Die Giftmörderin Feige wurde am 16. März vom Schwurgericht Hirschberg zweimal zum Tode verurteilt.

Ein Majestätsbeleidigungsprozeß in Ostpreußen. Wie ostpreußische Richter den Majestätsbeleidigungsparagraphen nach dem bekannten Erlaß des Kaisers anwenden, zeigt folgende Verhandlung, die am 9. März vor der Strafkammer in Insterburg gegen den Maurer und Hausierer Georg Raudies stattfand. Die Anklage stützt sich nach der Anklageschrift auf das Zeugnis einer Kutscherfrau und eines Gendarmen. Danach soll der Angeklagte Anfangs Januar dieses Jahres im Kreise Darkehmen, wo er mit Kurzwaren und Ansichtskarten hausierte, auch dabei Flugblätter und Stimmzettel der sozialdemokratischen Partei, auf den Parteisekretär Linde-Königsberg lautend, verbreitet haben. Bei dieser Gelegenheit ist er auch in die Wohnung der Kutscherfrau Krohnke gekommen und hat dort Kaffee und Brot erhalten. Dabei hat sich ein Gespräch entwickelt, in dessen Verlauf die Frau unter anderem gesagt haben soll: „Wenn die Sozialdemokraten bei der Wahl siegen, dann müssen wir betteln gehen", worauf Raudies in seiner Erwiderung eine Äußerung auf den Kaiser getan haben soll. Als dann weiter die Frau sagte: „Aber Mann, Obrigkeit und Untertanen müssen doch sein, die Obrigkeit sei doch von Gott eingesetzt", da habe der Angeklagte eine weitere Bemerkung gemacht, wie aus der Anklageschrift hervorgeht. Der Angeklagte, der bereits seit 15 Jahren ein treues Mitglied der Heilsarmee ist, im Sommer als Maurer arbeitet und in der arbeitslosen Winterszeit mit Kaiserbildern (!!), Kurzwaren und dergleichen auf dem Lande hausiert, um seine Familie anständig und ehrlich ernähren zu können, bestreitet ganz entschieden, eine derartige beleidigende Äußerung getan zu haben. Die Zeugin Krohnke habe in einer geradezu herausfordernden Weise sich abfällig über die Sozialdemokraten und insbesondere über die faulen und versoffenen Maurer ausgesprochen, so daß er allerdings seinen Stand gegenüber den hetzerischen Ansichten der Frau verteidigt habe. Eine derartige Äußerung aber, wie sie die Anklage enthalte, sei nicht über seine Lippen gekommen. Er habe auch keine sozialdemokratischen Flugblätter und Stimmzettel verteilt, sondern sei nur seinem Gewerbe nachgegangen. Das Gericht schenkte dem bisher unbescholtenen, stets ruhigen und nüchternen Manne, dem mehrere Zeugen das beste Leumundszeugnis ausstellten keinen Glauben. Das Zeugnis der Denunzianten galt ihm mehr. Der Staatsanwalt beantragte eine Strafe von acht Monaten Gefängnis. Das Gericht aber, das annahm, die inkriminierte Äußerung sei von dem Angeklagten nicht in der Erregung oder aus Unbedachtsamkeit getan, sondern offenbar in der Absicht, vor den Wahlen Stimmung gegen die herrschende Regierung zu machen, verurteilte den Mann, der ohne einen Verteidiger in furchtbarer Erregung und Unbeholfenheit den Antrag des Staatsanwalts gar nicht fassen konnte, zu einem Jahr Gefängnis. Auch wurde der Verurteilte vor den Augen seiner Ehefrau von der Anklagebank sofort in Haft genommen. In der Anklageschrift, bei der Gerichtsverhandlung und in den Berichten der bürgerlichen Provinzpresse ist der unglückliche verurteilte Familienvater als sozialdemokratischer Agitator bezeichnet. Dieser Umstand mag ja wohl auch dazu beigetragen haben, desto eher an eine beabsichtigte Majestätsbeleidigung zu glauben, trotzdem erfahrungsgemäß Sozialdemokraten bewußt niemals Majestätsbeleidigungen sich zu Schulden kommen lassen. Aber es ist gar nicht erwiesen, daß der Mann sozialdemokratische Flugblätter und Stimmzettel verbreitet hat. Derartige Exemplare sind auch gar nicht aufgefunden worden in dem Wirkungskreise des verurteilten Hausierers. Sie konnten auch gar nicht aufgefunden werden, denn in dem Wahlkreise Darkehmen kandidierte gar nicht, wie in der Anklageschrift behauptet wird, der Parteisekretär Linde, sondern der Rechtsanwalt Haase. Der Mann mag vielleicht sozialdemokratische Ansichten gelegentlich vertreten. Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist er, wie unser Königsberger Parteiblatt festgestellt hat, nicht, auch ist er von niemand beauftragt worden, zu agitiren. Da in seinem Wohnort Insterburg gar keine Flugblätter und Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten im Darkehmer Kreise vorhanden waren, ihm solche von Königsberg auch nicht geschickt worden sind, so sei diese irrige Darstellung hiermit wiederlegt. Es ist im hohen Grade merkwürdig, daß das Gericht einem alten, treuen, bewährten Mitgliede der Heilsarmee, welches vor kurzem bei Gelegenheit der Silberhochzeit des Kaiserpaares mit deren Porträts hausierte, eine derartige ungeschickte Majestätsbeleidigung zutraute und ihm solch eine hohe Strafe zudiktieren konnte.

Ein Nachspiel zum Fall Gaisert. In dem Meineidsprozeß gegen den katholischen Pfarrer Gaisert, der im letzten Jahre von der Strafkammer zu Freiburg zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden war und neuerdings zu 6 Monaten Gefängnis begnadigt worden ist, spielte ein an Gaisert gerichteter Brief des bekannten Zentrumsführers und Landtagsabgeordneten Oberamtsrichters Wittemann in Donaueschingen eine höchst bedeutsame Rolle. Wittemann sollte Gaisert aufgefordert haben, die Zeugen zu beeinflussen, unwahre Aussagen zu machen. In dem vom Justizminister eingeleiteten Disziplinarverfahren wurde Wittemann zu 150 Mark Geldstrafe und zu einem Verweis verurteilt.

Vom Duellunfug. Von der Schneidemühler Strafkammer wurden Graf Boleslaus Bninski-Dombke wegen Herausforderung zum Zweikampf und Graf Wartensleben-Wirsitz wegen Annahme der Forderung zu je einer Woche und der Kartellträger Rittergutsbesitzer v. Guttry-Posen zu drei Tagen Festungshaft verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Die Katastrophen im Saarrevier. Die Direktion des Steinkohlen-Bergwerks Klein-Rosseln gibt über die Schlagwetter-Katastrophe folgende Schilderung: Auf der hiesigen, der Firma de Wendel gehörigen Steinkohlengrube fand auf der Schachtanlage Vuillemin am 15. d. Mts., abends zwischen 11 und 12 Uhr, eine Explosion schlagender Wetter statt, der leider zahlreiche Menschenleben zum Opfer fielen. Am Abend waren 240 Mann eingefahren, von denen 156 sich in Sicherheit bringen konnten. Die Rettungsarbeiten wurden unter Leitung der Beamten sofort in Angriff genommen. Die hier ausgebildete Rettungsmannschaft war rasch zur Stelle und befuhr mit ihren Sauerstoffapparaten einige Betriebspunkte, die wegen der noch vorhandenen Stickgase ohne Lebensgefahr nicht betreten werden konnten. Um 1½ Uhr morgens wurden einige Verletzte, dreizehn an der Zahl, heraus, und ins Krankenhaus gebracht. Sämtliche der in Frage kommenden Abteilungen sind bisher befahren worden. Es wurde festgestellt, daß keine Lebenden mehr vorhanden sein können. Außerdem wurden 47 Tote zu Tage gefördert. Von den Verletzten sind inzwischen sechs gestorben. 4 Mann werden noch vermißt und liegen jedenfalls unter dem niedergegangenen Gestein. Man weiß bestimmt, daß es eine ausschließliche Schlagwetterexplosion war, was auch die amtliche Fahrung festgestellt hat. Über die Ursachen der Explosion sind die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen, selbst der Herd ist noch nicht mit Bestimmtheit zu ermitteln, jedenfalls nicht, bevor die Aufräumungsarbeiten beendet sind und der letzte Tote geborgen ist. Unzweifelhaft ging die Explosion von der Grubenstrecke der 417 Meter-Sohle des Flözes Wohlwert aus und verbreitete sich auf die zunächst liegenden Abbaue und Strecken der Flöze Henri und Wohlwert bis zur 347 Meter-Sohle, wo die Stickgase nach dem Schachte abzogen. Auf dem Wege dorthin erreichten sie eine große Anzahl fliehender Bergleute, welche in der Grubenstrecke von Henri auf der 347 Meter-Sohle erstickt lagen. Ich übrigen wurden fast alle bei ihren Arbeitsorten aufgefunden. Große Verheerungen sind nicht entstanden, abgesehen von einigen Bruchstellen, die zum größten Teile wieder aufgebaut sind. Die Weiterführung hat keine wesentlichen Veränderungen erlitten. Schlagwetter waren bei dem in Frage kommenden Teile noch nicht beobachtet worden. — Infolge der fortschreitenden Verweisung der noch in der Grube befindlichen Leichen sind die Bergungsarbeiten wesentlich erschwert. Es gelang noch einen Bergmann auszugraben. Von den 12 Schwerverletzten sind siebengestorben, während die anderen fünf jedenfalls im Laufe des Tages ihren Verletzungen erliegen werden.

Die letzten 3 Opfer der 22 Bergleute, die im Mathildenschacht mit der Förderschale abgestürzt sind, mußten zerstückelt werden. Sie saßen unlösbar in dem Eisengerüst des Förderstuhls fest, so daß der Förderstuhl zertrümmert werden mußte, um die Leichenteile fördern zu können. In dem Verlesesaale des Rudolfschachtes, wo die Opfer aufgebahrt waren, wurde eine Totenfeier abgehalten, worauf die Leichen in die Heimat befördert wurden. Die Ursache des Seilbruchs ist noch nicht festgestellt. Der Umstand, daß vom Sonntag ab ein neues Seil benutzt werden sollte, läßt darauf schließen, daß das alte Seil nicht mehr ganz brauchbar war; die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung wird durch Zeugenaussagen Genaueres feststellen.

Die volle Kompottschüssel. Der „Volkswille" berichtet aus Bramsche: Der Hungertyphus herrscht nach einer trockenen bürgerlichen Zeitungsmeldung in der Familie eines Stationsarbeiters, der an der oldenburgischen Eisenbahn in Neuenkirchen beschäftigt ist. Die ganze Familie ist davon betroffen und die Frau bereits gestorben. Der Vater liegt mit dem ältesten Sohne schwer krank im Krankenhause in Damme, vier Kinder sind dort im Waisenhause untergebracht. Die Ursache der Erkrankung ist in mangelhafter Ernährung zu suchen! Hier ist also das „Endziel" der agrarisch-kapitalistischen Volsauswucherungspolitik erreicht.

Als vortreffliches Agitationsmittel würde sich unseres Erachtens, so schreibt das „Hbg. Echo", ein Abdruck der Rede bewähren, die Genosse Richard Fischer am Freitag im Reichstag gehalten. Ton und Inhalt derselben sind so, daß jeder Parteigenosse nur wünschen kann, daß sie den Indifferenten zugänglich gemacht werde. Im allgemeinen schwärmen wir nicht für sogenannte Agitationsbroschüren, die nur aus der Wiedergabe einzelner oder mehrerer Parlamentsreden bestehen, und wir wünschen sehr, daß man sich darin weise Beschränkung auferlege. In diesem Falle jedoch wären wir ganz damit einverstanden, wenn der Parteivorstand eine Massenauflage von Fischers Rede veranlaßte, und zwar so, daß die Organisationen in der Lage wären, sie unentgeltlich in die uns noch fernstehenden Kreise zu bringen. — Wir schließen uns diesem Vorschlage an.

Ein Gendarm unter Polizeiaufsicht! Aus Lindau wird dem „Schwäbischen Merkur" geschrieben: Es dürfte wohl noch nicht vorgekommen sein, daß ein Gendarm im Dienst unter Polizeiaufsicht gestellt wurde. Dieser Fall hat sich in der verflossenen Woche hier ereignet. In Bludenz hatte ein Geisteskranker einen Selbstmordversuch gemacht, und er sollte deswegen in die Landesirrenanstalt Valduna bei Feldkirch verbracht werden. Diese nahm aber den legitimationslosen Patienten, der vorgab, ein Bayer zu sein, nicht an. Der mit dem Transport beauftragte österreichische Landjäger fuhr nun nach eigenem Ermessen mit seinem Schützling nach Lindau, um diesen der bayerischen Behörde zu übergeben. Diese ging mangels aller ordnungsmäßigen Überweisungsschriften darauf nicht ein und verlangte, daß der Landjäger samt seinem Transport bei nächster Gelegenheit wieder nach Österreich zurückfahre. Die nächste Gelegenheit wäre die Bahn gewesen. Am Bahnhof aber versuchte der Landjäger für seine Person das Weite zu suchen und den Geisteskranken zurückzulassen. Dies gelang ihm zwar nicht, aber die Zuggelegenheit war verpaßt. Nun wollte der Landjäger den Geisteskranken auf dem Fußwege nach Österreich zurückbringen. Dies gestattete aber die Lindauer Polizei wegen Fluchtverdachts nicht und bestand darauf, daß beide den nächsten Dampfer nach Bregenz benutzten. Bis zur Abfahrt wollte sich der Landjäger in einer am Seehafen belegenen Bierwirtschaft noch stärken, und da wurde er nun im Wirtschaftslokal von einem Schutzmann überwacht, bis schließlich der Transport und der Transportierte im österreichischen Kursschiffe untergebracht waren.

Die Ursache der „Jena"-Katastrophe. Aus Toulon wird berichtet: Die zur Erforschung der Ursachen der „Jena"-Katastrophe eingesetzte Kommission hat festgestellt, daß in den Munitionskammern für die 10 Zentimetergeschütze eine Temperatur zwischen 50 und 56 Grad geherrscht hat, während normale Temperatur höchstens 35 Grad betragen solle. Die beiden Ventilatoren, die zur Abkühlung der Temperatur in diesen Kammern bestimmt sind, waren beschädigt und funktionierten nicht. Ferner war verabsäumt Abkühlvorrichtungen in den Dynamokammern, die wegen nicht genügender Leistungen entfernt waren, durch neue zu ersetzen. Dazu kam, daß die Sonne von 10 Uhr morgens an auf das Hinterschiff brannte, wodurch die Temperatur in den Munitionskammern jedenfalls wesentlich erhöht worden ist. Ein Offizier der „Jena" erklärte bei einer Unterredung, die Schuld an der Katastrophe trügen die Ingenieure, welche die Munitionskammern gebaut haben, und die Artillerieverwaltung, die verabsäumt habe, für die Verwendung gewisser Pulversorten eine Maximalfrist festzusetzen. Bis jetzt sind von den 107 geborgenen Leichen 58 rekognosziert worden; einige, die zu sehr verstümmelt oder verbrannt sind, werden auf sichere Weise überhaupt nicht rekognosziert werden können. Mit der Einsargung der Leichen wird begonnen. Die von der Pariser Presse veranstaltete Geldsammlung zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe weist bereits über 68 000 Frank auf. Die genaue Liste über die Opfer lautet: 98 Tote, 17 Verschwundene, im Hospital 49, Gesamtziffer 164.

Haus- und Gartenwirtschaft.

Zum Antreiben von Früh-Kartoffeln eignen sich, so schreibt H. Engel in der Schleswig-holst. Zeitschrift für Obst- und Gartenbau, am besten mittelgroße Knollen. Ich lasse schon im Herbst bei der Ernte eine hinreichende Menge hiervon aussuchen und in einer Kiste oder Bütte in den Keller stellen. Anfang März, wo die untersten Lagen in der Regel anfangen zu keimen, wird der Inhalt in eine andere Kiste oder Bütte umgefüllt, so daß also die bisherigen obersten Lagen zu unterst, und die untersten zu oberst zu liegen kommen. Hierdurch wird ein gleichmäßiges Austreiben der Keimaugen erreicht: bis Mitte April zeigen sich an sämtlichen Knollen gleichmäßige Keime von etwa 1—2 Millimeter Länge. Um diese Zeit wird ein sogenanntes lauwarmes Beet hergestellt, das heißt also ein Mistbeet, welchem man eine dicke Unterlage von Stroh oder auch von dürrem Laub, mit etwas frischem Pferdedünger vermischt, gibt. Nachdem dies alles festgetreten ist, bringt man eine dünne Schicht von lockerer Erde darauf und breitet darüber eine etwa 5—6 Zentimeter hohe Schicht von trockenem Sägemehl, welches in Sägemühlen, Tischlereien usw. meistens unentgeltlich zu haben ist. Da hinein steckt man die Kartoffeln, die Spitze, an welcher die wenigsten Augen zu sitzen pflegen, nach unten gerichtet, im Abstand von etwa 2 Zentimeter, überbraust nun die ganze Fläche mit warmem Wasser und legt die Fenster auf. Nach 14 Tagen zeigen sich an den Kartoffeln grüne, dicke, stämmige Keime, 2—3 Zentimeter lang, oft schon mit Ansätzen von Blättern, in dem feuchten Sägemehl aber ein dichter Ballen feiner, weißer Wärzelchen. Nun hebt man sie sorgfältig mit dem vollen Ballen aus dem lockeren Sägemehl, damit die zarten Wurzeln nicht reißen oder sich gänzlich von der Knolle lösen, und bringt sie sofort in die Pflanzlöcher der frisch gegrabenen Beete, in welche sie behutsam gelegt und bis über die Keime mit Erde bedeckt werden. Es wird diese Arbeit am besten von zwei Personen ausgeführt; eine legt die aus dem Mistbeet gehobenen Kartoffeln auf flache Körbe, bringt diese zu den Beeten und legt sie in die Pflanzgruben, eine zweite besorgt das Zudecken mit Erde. 14 Tage nach dem Setzen erscheinen in der Regel schon die grünen Blätter über der Erde. Gibt es um diese Zeit noch Nachtfröste, so häufelt man noch etwas Erde darüber oder deckt sie mit einer Handvoll Sägemehl zu. Und Mitte Juni kann man meistens schon die ersten Kartoffeln abnehmen, also noch ein paar Tage früher, als von den kostspieligen vorgekeimten Postsendungen. Länger als 14 Tage die Kartoffeln im Warmbeet zu lassen, ist indessen nicht ratsam; die Wurzeln nehmen alsdann solchen Umfang an, daß sie in einander wachsen und sich dermaßen verfilzen, daß sie ohne Schaden, Abreißen und dergleichen, nicht mehr von einander zu trennen sind, hierdurch also der durch das Antreiben erreichte Vorteil wieder verloren ginge. Sind die Kartoffeln ausgepflanzt, so lassen sich dieselben lauwarmen Kästen sehr gut noch zur Anzucht der erforderlichen Kohlpflanzen benutzen. Das Sägemehl wird entfernt, eine Lage Mistbeeterde aufgebracht, der Same recht dünn gesät, eingeharkt, angeklopft, überbraust, die Fenster aufgelegt und, um das Austrocknen zu verhüten und die Erde gleichmäßig feucht zu halten, Papierbogen darauf gelegt und mit Steinen beschwert, damit der Wind sie nicht fortwehe. Nach 3—4 Tagen sind gewöhnlich die Samen aufgelaufen, die nun bei reichlicher Lüftung rasch und kräftig heranwachsen und bis Anfang Juni stämmige kräftige Pflanzen liefern, gerade zur rechten Pflanzzeit; denn früher gesetzte Kohlpflanzen werden fast regelmäßig eine Beute der Erdflöhe.

Literarisches.

„Von der neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: über den Reichslügenverband. — Zwischen zwei Kämpfen. Von Fritz Austerlitz (Wien). — Revolution und Kultur. Ein Kapitel zur Philosophie des Marxismus. Von A. Joffe. — Das Maurergewerbe in der Statistik. Von August Winnig. — Die Leinenhausweberei in Nordmähren. Von Leo Freundlich (Mährisch-Schönberg). — Literarische Rundschau: Professor Dr. Andreas Voigt, die sozialen Utopien. Von F. W. — Wilhelm Bölsche, die Schöpfungstage. Von A. P. — Notizen: Mathematische Formeln gegen Tugan-Baranowsky. Von Otto Bauer. — Nochmals „Scienne and Revolution". Eine Entgegnung von A. Pannekoek. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jakob" ist soeben die 6. Nummer des 24. Jahrganges erschienen. Dieselbe enthält ein Porträt des verstorbenen früheren Reichstagsabgeordneten Adolf Sabor nebst einem kurzen Nachruf. Ferner erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Im deutschen Hühnerstall" und „Woher? Wohin?", sowie die weiteren Illustrationen „Ein Hottentotte", „In Deutschlands frommer Kinderstube", „Die Demonstration der Patrioten". „Erzberger verteidigt die Immunität der Abgeordneten", „Die Justiz von heute", „Die Lehren der Reichstagswahl", „Das Extrablatt" und „Nach der Paarung". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Festrede zum 18. März", „Die Politische", „Ein Ereignis", sowie außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Ein Interview", „Die Forderung des Tages". Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pfg.

Briefkasten.

Ein Unwissender. Die Wohnung muß bis zum Dienstag, 2. April, Mittags 12 Uhr, geräumt sein.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten".**